

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 45

Berlin, den 5. November 1932

40. Jahrgang

An die Mitglieder der Gewerkschaften

Arbeiter, Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet ihr wieder euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letztmal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, den 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Volksentscheid am 6. November

Von Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geschützt“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen, aber die Regierung, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folge-

rung, schleunigst abzutreten. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Mißbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung“ sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerrissen werden. Obrigkeitsstaat und Untertanen-volk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie befragt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unab-

hängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich“. Aber diese angebliche Überparteilichkeit ist nur eine Ausflucht. Sie muß zu dieser Ausflucht greifen, weil sie in keiner der großen Parteien, die Träger des Volkswillens sind, Anhänger besitzt.

Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu gewinnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Der Reichskanzler weiß recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften redet. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, den Versuch zu unternehmen, seine arbeiterfeindliche, widerspruchsvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hintreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der Nation“ begründen will, daß die Arbeiter durch jede seiner Notverordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend gestoßen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen“ geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit anderen Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem, feindlichem Gegensatz zu sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschrittes, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz

zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verkoppeln, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschlands, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Zieles willen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung beseelt, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

Gegen die Feinde der Arbeiterklasse!

Daß in einer Zeit, die wirtschaftlich reif ist für den Sozialismus, der Feudalismus Auf- erstehung feiern kann. Die Antwort auf diese Frage muß uns mit tiefer Scham erfüllen. Die Arbeiterschaft selbst ist schuld. Die eine Arbeiterschaft ist die stärkste Macht, nichts kann ihr widerstehen. Aber die Uneinigkeit, der unselbige Bruderkampf ließ die Reaktion erstarken. Die Mächte des Rückschritts

kungsvollen Kampf gegen die herrschenden Gewalten, den Kampf für den Aufstieg und die Befreiung der Arbeiterklasse führt. Die Kommunistische Partei richtet ihren Haupt- schlag gegen die Sozialdemokratie, sie führt die „Einheitsfront“ im Munde und bemüht sich zugleich, die Organisationen der Ar- beiter zu untergraben und ihre Kraft durch Zersplitterung zu lähmen. Ihr revolutionäres Geschrei kann nicht darüber täuschen, daß das Wirken der Kommunistischen Partei direkt und indirekt den Feinden der Arbeiterklasse zum Vorteil gereicht. In diesen entschei- denden Stunden muß jeder klassenbewußte Arbeiter die Reihen der Sozialdemokratie stärken.

Der Tag der Reichstagswahl findet Deutsch- land politisch und wirtschaftlich in einem Zustand, der geradezu grotesk anmutet. Die Reichsregierung, die berufen ist, die Republik zu schützen und die den Eid auf die republikanische Verfassung abgelegt hat, besteht aus Männern, die in ihrem Herzen Monarchisten sind. Der Verfassungsminister hat sogar das Bekenntnis zur Mon- archie öffentlich abgelegt.

Das Deutsche Reich ist eine Re- publik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. So lautet der grundlegende Artikel 1 der Reichsverfassung. Seit einem halben Jahre ist aber der Volkswille aus- geschaltet; in Deutschland, das sich rühmt, die freieste demokratische Verfassung zu besitzen, herrscht tatsächlich die Diktatur. Die Regierung plant dabei eine Ver- fassungsreform, welche den alten Obrigkeitsstaat wiederherstellen soll.

Die Reichsregierung hat im Volk keinen Rückhalt. Sie stützt sich auf die Junker und Großagrarien. Auf jene kleine, aber mächtige Partei, die sich heute deutsch- national nennt. Früher hießen sie Konser- vative. Sie hatten das Ohr des Herrschers und sie haben in dem letzten deutschen Kaiser jenen Größenwahn hervorgerufen und gepflegt, der Deutschland in den Welt- krieg getrieben hat. Dieses schreckliche Unglück, unter dessen Folgen wir heute noch so furchtbar leiden.

Die Reichsregierung hat es unternommen, die daniederliegende Wirtschaft zu beleben. Die Absicht ist löblich, aber der Weg, den sie eingeschlagen hat, ist kennzeichnend für die Herrennatur der angeblicklichen Machthaber. Dem Unter- nehmer werden mit freigelegter Hand Geschenke gegeben; über die vielgeliebten ostelbischen Agrarier ergießt sich ein be- sonders reiches Füllhorn von Wohltaten. Gleichzeitig werden die kärglichen Bezüge der Ärmsten, der von der Produktion Aus- gestoßenen, in unverantwortlicher Weise gekürzt. Und nicht genug damit, werden auch die Löhne der Beschäftigten in un- trüglichem Maße beschnitten.

Statt durch Stärkung der Kaufkraft der Massen den inneren Markt zu beleben, wird die Lebenshaltung des Volkes immer tiefer herabgedrückt. Gleichzeitig aber wird den Agrariern zuliebe eine Zoll- und Kontin- gentierpolitik getrieben, welche der deut- schen Industrie den Weltmarkt verschließt.

Nicht genug, daß die deutsche Handels- politik das Ausland gegen Deutschland auf- bringt, werden an sich berechnete deutsche Forderungen auf dem Gebiete der Außen- politik in einer so ungeschickten Weise ver- treten, daß die zarten Ansätze für eine inter- nationale Verständigung vernichtet sind und sich Deutschland in einem Zustande der Isolierung befindet, ähnlich dem vor- dem Ausbruch des Weltkrieges.

Das System Papen ist nicht denk- bar ohne Hitler. Auf dem breiten Rücken der Nationalsozialisten ist, nach dem zu- treffenden Wort des Nazis Goebbels, das Kabinett Papen in die Amtlichkeit geklettert. Für die ihm in Aussicht gestellte Unter- stützung hat das Kabinett Papen alle Wünsche der Nazis erfüllt. Es hat den Reichstag auf- gelöst und Hitlers Privatarmee zugelassen. Die Preußenregierung wurde abgesetzt und massenhaft wurden verfassungstreue Beamte durch Inhaber eines deutschnationalen oder nationalsozialistischen Parteibuches ersetzt.

Jeder Wunsch wurde Hitler erfüllt. Als er aber werden wollte wie der italienische Herrgott Mussolini und dazu noch drei Tage Mordfreiheit für das Gesindel unter dem Hakenkreuzbanner verlangte, da erging es ihm wie dem Fischer und seiner Frau im Märchen. Zwar wurde er nicht wie diese von dem erzürnten Buttje in den Pfispost verwiesen, aber der Reichspräsident wies ihn recht deutlich die Tür. Seit diesem 13. August befinden sich die Nazis in der Opposition.

Vor 40 Jahren hat ein rabiaten Agrarier, Konrad Raussern, im Zorn dar- über, daß die damalige Regierung den Zoll- werten der Agrarier nicht weit genug entgegenkam, seinen Standesgenossen den Vorschlag gemacht, „daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und erst- lich gegen die Regierung Front machen“. Nach diesem alten agrarischen Rezept handeln jetzt die Nazis.

Urplötzlich sind sie, die sich nicht genug tun konnten in der Verunglimpfung der Weimarer Verfassung, deren be- geisterte Verteidiger geworden. Die Nazis, die noch eben nur mit Haß und Verachtung von der Demokratie und dem Parla- mentarismus sprachen, wollen auf

Zum 6. November.



Wer will des Volkes Feinden helfen, muß hierher seinen Zettel werfen. Stimmt ihr für einen dieser drei, der Reaktion ist's einerlei.

einmal nicht dulden, daß ein Recht ange- tastet oder gekränkt wird, das dem deut- schen Volke zusteht.

Als Papen verkündete, daß der Staat „au- ßerordentlich“ eine Wohlfahrtsanstalt zu sein, als er zur Anpassung an die Armut der Nation die Notverordnung vom 14. Juni erließ, da fanden die Nazis das alles ganz in der Ordnung. Dagegen ist ihnen kein Wort der Kritik an der Verordnung vom 5. September scharf genug. Jetzt zetern sie voller Entrüstung über den Lohnabbau, den die Unternehmer auf Geheiß der Regierung vornehmen. Ja, die Nazi Führer, die im Dritten Reich jeden Streik als Landes- verrat betrachten und mit Todesstrafe belegen wollen, sehen es auf einmal gern, wenn sich die Nazis in den Betrieben an Streiks zur Abwehr der Lohnsenkung be- teiligen.

Gibt es wirklich denkende Menschen, die sich durch solches Gebaren der Nazis täu- schen lassen? Glaubt jemand im Ernst daran, daß die Prinzen und Grafen, die abgedankten Offiziere der alten Armee, all die „feinen Leute“, die bei den Nazis tonangebend sind, sich auf einmal für die Demokratie und die Weimarer Verfassung begeistern? Oder daß die schwerindustriellen und die agrarischen Geldgeber der Nazis es dulden, daß ihre „Kerls“ für höhere Löhne und anständige Behandlung eintreten oder gar streiken?

Nein, was die Nazis jetzt vor der Wahl spielen, ist Theater. Damit sollen unter den Arbeitern Dumme gefangen werden. Hauptsächlich aber wird dieses Theater ge- spielt, um einen Druck auf die Regierung Papen auszuüben und sie sich gefügig zu machen. Nach der Wahl werden sie sich schon wieder zusammen- finden. Und wenn auch das gemeine Volk aus dem Lager der Nazis und der deutschnationalen Stahlhewer gelegentlich aufeinander losschlägt, die „feinen Herren“ in beiden Lagern sind so miteinander ver- sippt und verschwägert, daß sie sich bald wieder zusammenfinden werden.

Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Regierung Papen von ihrer Macht Gebrauch macht, zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Gefahren der Arbeiterschaft drohen, wenn es nicht gelingt, sie durch ein deutliches Volksvotum zu bannen. Er- staunt und erschreckt fragt man sich, wie es dahin kommen konnte, daß die Mächte der Vergangenheit lebendig werden.

werden siegen, wenn der Uneinigkeit der Arbeiterschaft nicht bald ein Ende gemacht wird.

Sozialdemokraten und Kommunisten wür- zeln im Mutterboden des Proletariats. Sie verfolgen im Grunde das gleiche Ziel, nämlich Ersatz der privatkapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft. Aber sie haben entgegengesetzte Ansichten über den Weg zu diesem Ziel. Während die Sozialdemo- kraten, wie es ihr Name sagt, auf dem Boden der Demokratie stehen, erstreben die Kom- munisten eine Diktatur. Sie wollen nicht die Beseitigung der Klassenherrschaft, son- dern die Herrschaft der Arbeiterklasse, die sich, wie das russische Beispiel zeigt, in der Diktatur einer kleinen Clique über die an- geblich herrschende Arbeiterklasse auswirkt.

Wegen dieser Meinungsverschiedenheit über den richtigen Weg zum Ziel führt die Kommunistische Partei den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einer Rück- sichtslosigkeit und Schärfe, an der die Re- aktion ihre helle Freude hat. Sie ist dabei zu Kräften gekommen und glaubt sich stark genug, zum vernichtenden Schlage gegen die Volksrechte auszuholen zu können.

Aber auch angesichts dieser drohenden Gefahr läßt die Kommunistische Partei von dem gehässigen Bruderkampf nicht ab. Noch im September dieses Jahres hat das Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eine Ent- scheidung angenommen, in der es heißt: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Haupt- stütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“

Die Feinde der Arbeiterklasse lassen sich durch die revolutionären Redensarten der Kommunisten ebensowenig schrecken wie durch deren angeblich revolutionäre Exzer- ziten. Sie wissen, was dahintersteckt. Sie werten die Kommunistische Partei lediglich als den „Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie“. In der Sozialdemokratie erblickt die herrschende Bourgeoisie mit Recht ihren Hauptfeind, und sie begrüßt alles als Bundesgenossen, was geeignet ist, die Sozialdemokratie zu schwächen.

So ist unter den politischen Parteien die Sozialdemokratie die einzige, die den wir-

Wer Papen schlagen und Hitler niederringen will, wählt am 6. No- vember die Liste 2, Sozialdemo- kratie.

Zweimal Hitler

Gegen Adolf Hitler schweben Verfahren wegen Abgabe falscher eidesstattlicher Er- klärungen und wegen Meineids. Ob diese Vorwürfe zu Recht bestehen, wissen wir nicht, uns ist nur bekannt, daß dem Hitler die Lüge ein Prinzip ist. Das hat er selbst erklärt, denn in seinem Buche „Mein Kampf“ schreibt er auf Seite 302 folgendes:

„Der Deutsche, besser seine Regierung, besaß keine blasse Ahnung, daß man das Volk beschwindeln muß, wenn man man Massenanhänger haben will. Daß durch kluge und dauernde Anwendung von Propaganda einem Volk selbst der Himmel als Hölle vorgemacht werden kann und umgekehrt das elendeste Leben als Paradies, das verstand Deutsch- land nicht.“

Diese Sätze hat Hitler nicht nur höchst eigenhändig niedergeschrieben, er handelt auch danach. Das beweisen seine Reden und Zeitungsaufsätze. Er schwindelt be- wußt und absichtlich seinen Nachläufern die Hölle als Himmel vor — zu Ehren des „Dritten Reichs“.

Weil Hitler so schwindeln kann, ohne dabei auch nur ein bißchen schamrot zu werden, deshalb ist er seinem Gefolge ein „Übermensch“, der neue „Messias“. Und so haben seine Anhänger das kirchliche Vaterunser auf ihn wie folgt umgedichtet:

„Adolf Hitler, du bist unser großer Führer, Dein Name macht die Feinde erzittern, Dein Drittes Reich komme, Dein Wille sei allein Gesetz auf Erden. Laß uns täglich deine Stimme hören Und befehle uns durch deine Führer, Denen wir gehorchen wollen unter Einsatz Unseres eigenen Lebens: Das geloben wir! Heil Hitler!“

Einige Zeitungen haben gefordert, daß gegen diese „Gotteslästerung“ der Staats- anwalt einschreite. Wir glauben, der Irrenarzt wäre der richtigere Mann. Er sollte seine Untersuchung auch auf Adolf Hitler ausdehnen, denn in ihm, so will uns scheinen, findet er einen Dau- erpatienten. Es wäre dann allen ge- helfen: dem Irrenarzt, dem Hitler, vor allem aber dem deutschen Volke.

Reichstag und Lohntüte

Auf ein paar Mandate mehr oder weniger kommt es nicht an? Im Gegenteil! Die sozialen Kämpfe werden entscheidend be- einflußt von der Stärke der politischen Ver- tretung der Arbeiterschaft. Das beweisen die folgenden Zahlen.

Ein Facharbeiter erhielt im Reichsdurch- schnitt

| | an tariflichem Stundenlohn | an Arbeitslosen- unterstützung |
|------|----------------------------|--------------------------------|
| 1924 | 70 Pf. | etwa 6 Mk. pro Woche |
| 1929 | 103 Pf. | etwa 20 Mk. pro Woche |
| 1932 | 80 Pf. | etwa 9 Mk. pro Woche |

Im Deutschen Reichstag saßen

| | SPD.- Abgeord. | KPD.- Abgeord. | NSDAP.- Abgeord. |
|------|----------------|----------------|------------------|
| 1924 | 100 | 62 | 32 |
| 1929 | 153 | 54 | 12 |
| 1932 | 133 | 89 | 279 |

Mit wachsenden Nazimandaten fielen der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unternehmertum hat die Schwächung der Sozialdemokratie und das Ansteigen der Nationalsozialisten im Reichstag gut zu nutzen verstanden. Stärkt deshalb den Ein- fluß der Sozialdemokratie im Reichstag. Wählt Liste 2!

Der Staatsgerichtshof über den 20. Juli

Am 25. Oktober hat der Staatsgerichtshof durch den Mund seines Vorsitzenden, des Reichsgerichtspräsidenten Bumke, das mit Spannung erwartete Urteil über die am 20. Juli auf Grund einer Notverordnung des Reichspräsidenten erfolgte Absetzung der preußischen Regierung gefällt.

Die Entscheidung hat allgemein überrascht, denn die Rechtsprechung des Reichsgerichts in politischen Prozessen berechnete zu der Erwartung, daß auch der Staatsgerichtshof einen Weg finden würde, um das Vorgehen der Reichsregierung juristisch zu begründen. Das ist aber nicht geschehen. Zwar gibt das Urteil anscheinend beiden Teilen Recht, aber bei näherem Zusehen erkennt man, daß es eine schwere Niederlage für die Regierung Papen ist.

Das Urteil erklärt die Verordnung insoweit mit der Reichsverfassung vereinbar, als sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für Preußen bestellt und ihm ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen. Aber die Ermächtigung durfte sich nicht darauf erstrecken, den preußischen Ministern die Vertretung des Landes im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.

Aus der Begründung der Entscheidung ergibt sich, daß der Staatsgerichtshof den Vorwurf der Pflichtverletzung, den gegen die preußischen Minister erhoben wurde, zurückweist und dementsprechend die Berufung der Verordnung auf den Absatz 1 des Artikels 48 als unzulässig bezeichnet. Dagegen ist nach dem Urteil der Reichspräsident nach Absatz 2 des Artikels 48 berechtigt, wegen Störung der Ruhe und Ordnung vorübergehend einen Reichskommissar für bestimmte Aufgaben zu bestellen, er durfte aber nicht die preußische Regierung absetzen.

Damit ist die Existenz des Reichskommissars mit einer großen Machtfülle anerkannt. Neben ihm besteht jedoch die abgesetzte Regierung zu Recht und mit Befugnissen, welche u. a. auch die weitreichenden Pläne der Regierung Papen, namentlich auch auf dem Gebiete der Verfassungsänderung, empfindlich stören. Praktisch ist das Nebeneinander von Reichskommissar und rechtmäßiger Regierung ein unmöglicher Zustand. Aber wie der Konflikt gelöst wird, ist noch nicht zu übersehen.

Es muß dabei daran erinnert werden, daß die Regierung Braun in Preußen nur noch ein geschäftsführendes Ministerium ist. Gleich nach der Landtagswahl vom 24. April hat die Regierung ihren Rücktritt erklärt. Sie ist nur noch im Amt, weil im neuen Landtag die Koalitionsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Ausfall der Reichstagswahl am 6. November wird auch für die Entwicklung der Dinge in Preußen von entscheidender Bedeutung sein.

Lohnsteuer der Kurzarbeiter

Für die Berücksichtigung der steuerfreien Beträge ist der Lohnzahlungszeitraum und nicht der Lohnberechnungszeitraum maßgebend. Ein Kurzarbeiter also, der beispielsweise nur drei Tage in der Woche arbeiten kann, weil der Betrieb nicht soviel Aufträge hat, um ihn voll beschäftigen zu können, hat trotzdem Anspruch auf den ihm sonst zustehenden vollen steuerfreien Wochenbetrag, denn der Verdienst in den drei Tagen ist sein Wochenlohn, der ihm auch wöchentlich ausgezahlt wird.

Gegen diese Vorschrift des § 8 der Durchführungsbestimmungen über den Lohnsteuerabzug vom 5. September 1925 wird von zahlreichen Unternehmern immer wieder verstoßen. In diesem Paragraphen werden Kurzarbeit und Krankheit nur als Beispiele genannt, daneben gibt es noch andere Fälle, in denen der Arbeiter ohne sein Verschulden für einige Tage des Lohnzahlungszeitraumes keinen Lohn erhält. Das trifft beispielsweise zu bei Aussperrungen, Betriebsstörungen und für mitten in den Lohnzahlungszeitraum fallende Feiertage. In allen diesen und ähnlichen Fällen ist, wenn die Lohnzahlung üblicherweise wöchentlich, das heißt in der Kalenderwoche einmal erfolgt, dem Arbeiter der volle steuerfreie Wochen-

betrag (einschließlich der Familienermäßigungen) gutzuschreiben und nicht etwa, wie es manche Unternehmer immer wieder versuchen, der steuerfreie Tagesbetrag; dieser kommt nur in Betracht, wenn die Lohnzahlung normalerweise täglich erfolgt.

Eine bisher gesetzlich nicht geregelte Frage ist die, wie die Berücksichtigung der steuerfreien Beträge zu erfolgen hat, wenn die Betriebseinschränkung in der Weise durchgeführt wird, daß die im Monat mögliche Arbeitszeit auf zwei oder drei Wochen verteilt wird. Es gibt Unternehmer, die beispielsweise statt jede Woche 24 Stunden arbeiten zu lassen, die 48stündige Wochenarbeitszeit beibehalten, dafür aber jede zweite Woche den Betrieb ganz schließen. Oder aber (auch solche Fälle soll es heute noch geben)

Eine Seele und zwei Gedanken



Zum Arbeiter: Heraus zum Kampf gegen den Kapitalismus. Nieder mit der Reaktion!

Zum Unternehmer: Wir sind Anhänger der Privatwirtschaft und schützen den Kapitalismus.

sie lassen drei Wochen je 56 Stunden arbeiten und in der vierten Woche ruht der Betrieb. In den Betrieben, in denen jede Woche voll oder verkürzt gearbeitet wird, ist, wie oben schon bewiesen wurde, jedem Arbeiter stets der volle steuerfreie Wochenbetrag anzurechnen. Diese Arbeiter stehen sich steuerlich günstiger als diejenigen, die jede zweite oder dritte oder vierte Woche aussetzen, obwohl sie insgesamt auch nicht mehr Stunden arbeiten als die jede Woche in Kurzarbeit beschäftigten.

Während den in jeder Woche beschäftigten Kurzarbeitern der steuerfreie Wochenbetrag viermal im Monat zur Verrechnung kommt, geschieht dies bei den anderen nur zwei- oder höchstens dreimal. Das wirkt sich praktisch so aus: Ein lediger Arbeiter, der wöchentlich in 24 Stunden 16,80 Mk., in vier Wochen mithin 67,20 Mk. verdient, hat keine Lohnsteuer zu zahlen, da sein Wochenlohn unter der steuerfreien Grenze von 24 Mk. bleibt. Ist die Arbeitszeit so verteilt, daß zwei Wochen je 48 Stunden gearbeitet wird, während in den anderen zwei Wochen der Betrieb ruht, verdient der Arbeiter wöchentlich 33,60 Mk., wovon er einschließlich des Ledigenzuschlages 1 Mk. Lohnsteuer zu zahlen hat; im Monat sind das 2 Mk. Der eine Arbeiter ist also steuerfrei, der andere aber muß 2 Mk. (oder fast drei Stundenlöhne) zahlen, obwohl beide genau das gleiche Einkommen haben.

Dieses Unrecht muß beseitigt werden, und der Vorstand des ADGB hat die dazu erforderlichen Schritte bereits unternommen. Das Reichsfinanzministerium erkennt die Berechtigung der Beschwerde an, es will von einer gesetzlichen Regelung aber vorerst absehen in der Erwartung, daß die Unternehmer von sich aus für Abhilfe sorgen. Die Unternehmer sollen auch bei wöchentlich unterbrochener Kurzarbeit den wöchentlichen Lohnzahlungszeitraum beibehalten und ihn dort, wo er bereits abgeschafft ist, wieder einführen. Es sollen also auch in solchen Betrieben, in denen die im Monat mögliche Arbeitszeit ausstatt gleichmäßig auf alle vier Wochen zu verteilen, auf drei oder gar nur zwei Wochen verteilt ist, die Lohnzahlungen trotzdem jede Woche erfolgen, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, daß jeder Arbeiter jede Woche in den Genuß des ihm zustehenden vollen steuerfreien Betrages kommt.

Es liegt im Interesse aller Arbeiter dieser Betriebe, daß sie ihre Unternehmer auf die

vom Reichsfinanzministerium empfohlene Regelung aufmerksam machen. Sehr gern werden die Unternehmer auf diesen Vorschlag wahrscheinlich nicht eingehen, da seine Durchführung mit einer gewissen Mehrarbeit verbunden ist. Diese Mehrarbeit und die damit verbundenen Kosten sind aber lange nicht so groß wie der Schaden, der den Arbeitern aus der Nichtbefolgung jenes gutgemeinten Vorschlages erwächst.

Die Nazis und Papens Lohnabbauverordnung

Die Nazis regen sich fürchterlich über die Papensche Lohnabbauverordnung auf. Ein gut Teil ihrer Wahlagitation wird mit dem Kampf gegen diese Verordnung bestritten. Das ist eitel Spiegelfechtereie. Was Papen den Arbeitern durch die Verordnung vom 5. September 1932 beschert hat, haben die Nazis von ihm gefordert.

Einer der Wirtschaftsführer der NSDAP., Dr. Alfred Pfaff, hat vor einiger Zeit eine Broschüre veröffentlicht über den „Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“. Darin schreibt er:

„Wenn die gesamte deutsche Industrie auch im heutigen Wirtschaftssystem einmütig den Beschluß fassen würde, alle Löhne um 12 bis 15 Prozent zu vermindern, jedoch unter gleichzeitiger Einstellung von etwa 4 Millionen Arbeitslosen, so würden wir einen Streik, der etwa durch diese Lohnverminderung veranlaßt werden sollte, auf das stärkste verurteilen.“

Es ist nicht unmöglich, daß der Verfasser der Notverordnung nach diesem Vorbild gearbeitet hat. Daß die Nazis jetzt gegen die nach ihren Wünschen geformte Verordnung Sturm laufen, ist nur ein Beweis für ihre abgrundtiefe Verlogenheit. Als Hitler mit seinen großenwahnigen Forderungen abgeblitzt ist, sind die Nazis in die Opposition gegangen, um Papen zu ärgern und sich selbst bei der Wahl in ein gutes Licht zu rücken. Ist die Wahl vorüber, dann werden sich die Nazis auch in dieser Frage in ihrer wahren Gestalt zeigen und die Wähler verlachen, die ihnen auf den Leim gegangen sind.

Enttäuschte Handwerksmeister

In Handwerkerkreisen herrscht über das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen keine so große Freude wie bei verschiedenen Großindustriellen. Die Handwerksmeister sind im Gegenteil bitter enttäuscht darüber, daß die „Regierung der nationalen Konzentration“ ihre Maßnahmen ausschließlich auf das Wohlergehen der großen Unternehmer abgestellt hat. Insbesondere gilt dies von den Beschäftigungs- und Lohnprämien bei Mehreinstellung von Arbeitern. In Nr. 20 des „Deutschen Handwerksblattes“ (Organ des Deutschen Handwerks- und Gewerkekammertages) wird festgestellt, daß in der Handwerkswirtschaft die wesentlichsten Voraussetzungen für die Einstellung von Arbeitern fehlen. Dazu kommt, daß ein großer Teil des Handwerks schon lange keine Gesellen mehr hat, weil noch nicht einmal Arbeit für den Betriebsinhaber vorhanden ist.

Weiter heißt es in dem Aufsatz des offiziellen Handwerkerblattes: „Unter Umständen können sogar für Handwerkszweige, die mit der Industrie in Konkurrenz stehen, gewisse Nachteile eintreten. Als typisches Beispiel erscheint uns das Schreinerhandwerk. Eine kapitalkräftige Möbelfabrik beispielsweise wird jetzt in die Lage versetzt, bei voller Ausnutzung der Bestimmungen über die Beschäftigungsprämie ihre Lagerbestände mit insgesamt etwa 17 bis 18 Prozent Einsparung auf Lohnkonto aufzufüllen und auf den Markt zu bringen. Der handwerkliche Schreinerbetrieb ist dazu auf Grund seiner ganzen Struktur kaum in der Lage.“

Zusammenfassend kommt das „Deutsche Handwerksblatt“ zu folgendem Ergebnis: „Das Handwerk kommt nach seiner ganzen Struktur weniger in den Genuß der Vorteile aus Lohnprämie und Lohnminderung, um so mehr muß man Vorsorge treffen, daß sich aus diesen Maßnahmen wenigstens keine Nachteile für das Handwerk ergeben.“

Aus diesen Ausführungen wird man schließen dürfen, daß auch die Handwerksmeister froh wären, wenn die Notverordnung über die Lohnprämien so bald als möglich wieder außer Kraft gesetzt würde.

Herunter mit den Mieten!

Der Reichsbund deutscher Mieter (Sitz Berlin) fordert erneut eine fühlbare Senkung der Mieten in Alt- und Neubauten. „Die Unterlassung dieser Senkung“, heißt es in einer öffentlichen Kundgebung des Reichsbundes, „ist um so befremdlicher, als im Wege der Notgesetzgebung nicht nur die Einkommensenkungen und die steuerlichen Belastungen für die nichtbesitzenden Volkskreise weiter verschärft, sondern auch den Besitzenden, insbesondere auch dem Hausbesitz, neue erhebliche Zuwendungen aus Reichsmitteln gemacht worden sind.“

Die Mietensenkung in Neubauten muß endlich wirksam gestaltet werden, und zwar durch Wegfall der Zins- und Tilgungsraten für die Hauszinssteuerhypotheken, durch Senkung der Zins- und Tilgungsraten für die übrigen Hypotheken, durch steuerliche Entlastung, durch Senkung der Tarife für Wasser, Gas und Elektrizität unter Wegfall der Zähler- und Messermieten sowie durch Mietzuschüsse aus öffentlichen Mitteln, bei gleichzeitiger Sanierung des überschuldeten Neuhausbesitzes.

Die Miete in Altbauten kann sofort ohne weiteres auf die Höhe der Friedensmiete gesenkt werden, wenn die in der gesetzlichen Miete enthaltenen überhöhten Sätze für Reparaturen und für Betriebskosten den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. In die Mietensenkung sind auch die Pachtverhältnisse für gewerbliche Räume und die Werkwohnungen einzubeziehen.

Millionen von Mietern können die Mieten nur noch mit Hilfe der Fürsorgebehörden aufbringen; Hunderttausende droht die Exmission. Trotzdem wird der Mieterschutz weiter abgebaut, statt verstärkt. Die steigende Not und Verzweiflung weitet Kreise der Mieterschaft verlangt gebieterisch die schleunige Wiederherstellung eines wirklichen Mieterschutzes, welcher den gegebenen anormalen Verhältnissen Rechnung trägt. Gleichzeitig mit dem Wegfall des Mieterschutzes muß ein zeitgemäßes soziales Miet- und Wohnrecht als Dauerrecht in Kraft treten. Dieses neue Mietrecht muß für alle bisher bereits freigegebenen Räume, soweit die Freigabe nicht rückgängig zu machen ist, unverzüglich in Kraft gesetzt werden.

Der Kleinwohnungsbau muß durch Bereitstellung öffentlicher Mittel baldigst wieder in Gang gesetzt werden. Der durch die Enteignung der Hypothekengläubiger entstandene Entschuldungsgewinn des Hausbesitzes muß dauernd, und zwar restlos für die öffentliche Hand erfaßt und in vollem Umfange für die Zwecke der Wohnungswirtschaft, insbesondere für die Inangasetzung des Kleinwohnungsbaues, für Mietzuschüsse an kinderreiche und sonstige hilfsbedürftige Mieter sowie zur Sanierung schlechter Wohnviertel verwendet werden.

Diesen Forderungen schließen sich alle Gewerkschafter an. Ihre Durchführung hängt mit ab von dem Ausgang der Reichstagswahl am 6. November. Je mehr Sozialdemokraten in den Reichstag kommen, um so sicherer können die Mieter darauf rechnen, daß die Mieten dem gesunkenen Einkommen angepaßt werden und ein soziales Miet- und Wohnrecht geschaffen wird.

Frauen als Bergleute in Rußland

Die Sowjetregierung hat soeben ein Gesetz erlassen, das die Zulassung von Frauen als Arbeiterinnen in den Kohlenminen gestattet und den Artikel 129 des Sowjetarbeitergesetzes aufhebt, nach dem ihre Beschäftigung unter Tag verboten ist.

In dem Donezbecken ist bereits die erste „Brigade“ von Bergarbeiterinnen am Werk. Sie arbeiten neben den Männern, helfen den Häuern und sind als Trimmer und Schlepper tätig. Sie sollen nach den Berichten der Behörden sich vorzüglich bewähren, sowohl bei Arbeiten unter wie über der Erde. Zwei von ihnen haben schon eine besondere Auszeichnung für hervorragende Verdienste im Donezbecken erhalten.

Die Einführung der Frauen in den Bergbau ist erfolgt, um die Männer zu beschämen und zu einer gesteigerten Tätigkeit anzu-spornen; denn obwohl im Jahre 1931 die Zahl der Bergarbeiter um 80 000 vermehrt worden ist, fällt doch der Ertrag des Donezbeckens ständig, und die Förderung der letzten Woche zeigte den größten Tiefstand seit 1930.



Holzindustrie



Was wird aus der deutschen Waggonindustrie?

Zu den Industrien, die unter der schweren Wirtschaftskrise besonders hart zu leiden haben, gehört auch die Waggonindustrie. Infolge des starken Rückganges der Reichsbahnaufträge droht dieser leistungsfähigen Industrie der völlige Zusammenbruch. Der Wert der Reichsbahnaufträge an Waggonen aller Art betrug im Jahre 1927 95, im Jahre 1928 132, im Jahre 1929 188, im Jahre 1930 110 Millionen Mark. Zusammen sind das für diese vier Jahre 525 Millionen Mark. Im Jahre 1931 betrug die Gesamtbeschaffung der Reichsbahn an Lokomotiven und Waggonen nur 116 Millionen Mark. Die Waggonindustrie lieferte 831 Personen-, 141 Gepäck-, 31 Großgüter- und 213 Bahndienstwagen, darunter 200 Schotterwagen. Diese Aufträge reichten bei weitem nicht aus, um den vorhandenen Fahrzeugbauanstalten eine einigermaßen ausreichende Beschäftigung zu bieten.

Im laufenden Jahre ist der Auftragsbestand noch viel kleiner, im ganzen beträgt der Wert der bestellten Lokomotiven und Waggonen 75 Millionen Mark. Auf die Waggonindustrie entfallen 82 Personen-, 229 Gepäck-, 1119 Güter- und 145 Bahndienstwagen, darunter 100 Schotterwagen.

In dem jetzt vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft verabschiedeten Arbeitsbeschaffungsprogramm sind neue Bestellungen für die Waggonindustrie in Höhe von 20 Millionen Mark vorgesehen. Da dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm um weitere 100 Millionen Mark erhöht werden soll, wird noch eine Zusatzbestellung auf die Waggonfabriken entfallen. Trotz dieser zu erwartenden Reichsbahnaufträge wird sich eine vorübergehende Stilllegung weiterer Waggonfabriken nicht vermeiden lassen, da die vorliegenden Aufträge bereits erledigt und die neuen Bestellungen der Reichsbahn wohl kaum im einzelnen ausgearbeitet sind. Auch die neuen Reichsbahnbestellungen werden der Waggonindustrie nur eine Teilbeschäftigung bringen können, weil sie nur einen Bruchteil der in normalen Zeiten von der Reichsbahn für Waggonbestellungen ausgebenen Beträge ausmachen.

Gegenwärtig spielt bei allen Aufträgen der Lohnanteil eine ausschlaggebende Rolle. Über die Frage der Verteilung der Lohnanteile bestehen für die Waggonindustrie auf Grund des Vertrages zwischen der Reichsbahn und den Waggonindustriellen ziemlich genaue Unterlagen. Je nach der Wagenart sind die produktiven Löhne sehr verschieden hoch, sie schwanken zwischen 10 und 30 Prozent. Da aber der Lohnanteil der produktiven Löhne fast immer zwischen 20 und 25 Prozent liegt, so darf mit einem Mittelwert von 22½ Prozent gerechnet werden. Bei der Bemessung des produktiven Lohnanteils ist von ausschlaggebender Bedeutung die technische Einrichtung der einzelnen Werke, d. h. inwieweit ein Werk die einzelnen Wagenteile selbst herstellt oder von auswärts bezieht.

Die übrigen in den Waggonfabriken anfallenden Lohnanteile zu erfassen, ist schon schwieriger. Der gesamte Lohnanteil, der auf die Waggonfabriken entfällt, bewegt sich je nach der Wagenart und der Art der Fabrikation zwischen 25 und 40 Prozent. Hier kann mit einem Mittelwert von 30 Prozent gerechnet werden, da in den häufigsten Fällen hier der gesamte Lohnanteil ziemlich eng umgrenzt ist und zwischen 28 und 32 Prozent liegt.

Die Auftragsbestände der deutschen Waggonindustrie betrug im Jahre 1930 insgesamt rund 170 Millionen Mark. Im Durchschnitt wurden in diesem Jahre 21 550 Arbeiter und 2155 Angestellte (das normale Verhältnis zwischen Arbeitern und Ange-

stellten in der Waggonindustrie ist 10 zu 1), also rund 24 000 Personen beschäftigt. Der Umsatz pro Kopf betrug 7100 Mk.

Von dem Gesamtauftragswert von rund 170 Millionen Mark beträgt der Materialanteil etwa 75 Millionen Mark, der Anteil an Lohn und Gehaltskosten etwa 80 Millionen Mark. Rund 2 Millionen Mark sind an Lohnaufwendungen der Waggonindustrie im Materialanteil von 75 Millionen Mark enthalten, die in der Hauptsache auf die Holzpflegelöhne entfallen.

Von den 80 Millionen Mark Lohn- und Gemeinkosten sind rund zwei Fünftel produktiver Lohn, also etwa 32 Millionen Mark. Die direkt in der Waggonindustrie entstehenden unproduktiven Löhne und Gehälter belaufen sich auf ein Drittel der Gemeinkosten, also etwa 16 Millionen Mark. Somit beträgt die gesamte Lohnsumme rund 50 Millionen Mark. Also auch nach dieser Aufstellung ergibt sich, daß aus der Gesamtsumme von 170 Millionen Mark etwa 30 Prozent auf die in der Waggonindustrie aufgewendeten Löhne entfallen. Bei der Gesamtsumme von 50 Millionen Mark, verteilt auf 24 000 Köpfe, betrug der durchschnittliche Jahresverdienst für Arbeiter und Angestellte zusammen im Jahre 1930 etwa 2100 Mk.

Die Zahl der unmittelbar und mittelbar von der Waggonindustrie beschäftigten Industrien ist sehr groß; insgesamt rechnet man mit 41 Gewerbegruppen. Zu diesen gehören die Sägewerks- und die Sperrholzindustrie. Die Erfassung des Lohnanteils bei den Zuliefer- und den Lieferwerken ist ziemlich schwierig, da hierüber nur wenige brauchbare Unterlagen vorhanden sind. Aus den sehr schwankenden Angaben der einzelnen Unterlieferanten für die Waggonindustrie ergibt sich, dass in den 75 Millionen Mark Gesamtaufwand an Materialkosten rund 60 Prozent Löhne enthalten sind. Nach dem Durchschnittsverdienst für die in der Waggonindustrie Beschäftigten ergibt sich, daß im Jahre 1930 mittelbar in den an der Waggonherstellung beteiligten 41 Gewerbegruppen etwa 22 000 Personen beschäftigt waren. Nicht berücksichtigt sind bisher die Lohnaufwendungen in den Rohstoffen, Transporten und ähnliches. Wenn man für die hieran beteiligten Beschäftigten einen Zuschlag von 10 Prozent auf die in der Waggonindustrie errechneten 22 000 Personen rechnet, so ergibt sich, daß für 1930 mit insgesamt 51 000 Beschäftigten gerechnet werden kann. Das bedeutet, daß für 1 Million Mark Aufträge für Waggonen rund 300 Mann ein Jahr lang beschäftigt werden können. Diese Beschäftigtenzahl dürfte sich heute höher auswirken, da seit 1930 das Lohnniveau wesentlich gesenkt ist und die wöchentliche Arbeitszeit in den meisten Betrieben kaum noch 48 Stunden beträgt.

Eine Belebung der Waggonindustrie würde den Arbeitsmarkt sehr günstig beeinflussen. Leider bestehen für eine solche Wendung der Dinge keine Aussichten. Durch die zu erwartenden Reichsbahnaufträge in Höhe von 20 Millionen Mark werden unmittelbar etwa 4000 Arbeiter und Angestellte in der Waggonindustrie und etwa die gleiche Anzahl in den Zulieferindustrien beschäftigt werden können. Wenn man bedenkt, daß diese zu erwartende Beschäftigtenzahl in Höhe von 8000 nur etwa ein Sechstel der normalerweise Beschäftigten darstellt, so kann man ermessen, wie groß die Notlage dieser Industrie ist. Die besonders wertvollen Arbeitskräfte, die in großer Zahl gerade in der Waggonindustrie beschäftigt werden, nämlich die gelernten Handwerker, wie Schlosser, Schmiede, Tischler, Stellmacher, Sattler, Polsterer, Lackierer, müssen der deutschen Volkswirtschaft erhalten werden, um den Ruf der deutschen Arbeit im Auslande zu festigen. Eine Belebung der Waggonindustrie würde sich zum Vorteil der gesamten deutschen Wirtschaft auswirken. Die Waggonindustrie kann aber nur eine Belebung erfahren, wenn die Reichsbahn dieser wichtigen Industriegruppe weitere Aufträge als vorgesehen erteilt.

F. Fischer, Kassel.

Neue Zollerhöhungen in Australien

In Australien sind am 15. Oktober für zahlreiche Waren neue, das heißt höhere Zollsätze in Kraft getreten. Diese Zollerhöhungen sind eine Folge des britisch-australischen Ottawa-Vertrages, dessen kürzlicher Abschluß in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt und in England zu einer Umbildung der Regierung geführt hat. Der Zweck des Ottawa-Vertrages ist, die Wettbewerbsfähigkeit der englischen Waren in den britischen Kolonialländern dadurch zu erhöhen, daß auf englische Waren ein niedrigerer Einfuhrzoll erhoben wird als auf Erzeugnisse anderer Staaten. Dabei haben Australien und die anderen britischen Kolonialländer selbstverständlich nicht daran gedacht, ihre seitherigen Zollsätze zugunsten der englischen Einfuhr herabzusetzen, denn sie sehen die englischen Waren auf ihren heimischen Märkten ebenso ungerne wie die anderer Völker, sondern die gewünschte Differenz sollte durch neue Zollerhöhungen geschaffen werden. Diese Absicht ist nun durchgeführt. Von den neuen Zollerhöhungen werden auch viele Erzeugnisse der Holzindustrie betroffen. Im folgenden teilen wir für einige Artikel die neuen Zollsätze mit:

Butterfässer 40 Prozent des Wertes (englischer Vorzugszoll 22,5 Prozent); Furniere 70 (50); Holzleisten 42,5 (25); Fensterrahmen, Spazierstöcke, Lineale und andere Holzwaren 70 (50); Möbel 70 (50); Federhalter aus Holz, Füllfederhalter, Bleistifte 15 (—); Teile für Blas- und Streichinstrumente 15 (—); Pfeifenorgeln 50 (30); Körbe, Kisten, Kisten 70 (50); Besen 50 (30); Bürsten und Pinsel 60 (40); Knöpfe 70 (50); Korkwaren 25 (15) Prozent des Wertes.

Im ganzen gesehen wird die deutsche Holzindustrie von diesen Zollerhöhungen nicht stark betroffen, da ihre Ausfuhr nach Australien nicht sehr groß ist; im Jahre 1931 betrug sie 312 000 Mk. Einige Branchengruppen werden aber doch darunter zu leiden haben, da sie, wie z. B. die Kamm-, Knopf- und Korkwarenindustrie, früher ganz ansehnliche Mengen nach Australien lieferten. Damit wird es nun wohl endgültig vorbei sein, denn so hohe Zölle, wie Australien sie jetzt eingeführt hat, haben fast die gleiche Wirkung wie eine absolute Einfuhrsperre. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß für Klaviere und einige andere Musikinstrumente der australische Einfuhrzoll 100 und mehr Prozent des Wertes beträgt.

Unsinn bringt Geld ins Land

Unter dieser Überschrift war in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 21. Oktober folgendes zu lesen:

„Jo-Jo, das neue Mode- und Gesellschaftsspiel, erfreut sich internationaler Popularität. Kongoneger und Eskimos spielen es mit gleicher Hingabe wie die Kirgisen und die Andalusier. Und die zivilisierten Europäer spielen es auch. Die wenigsten aber, die die kleine Holzscheibe glaziös in Bewegung setzen, dürften wissen, daß, sofern die Fabrikation in Frage kommt, auch Bayern an der Verbreitung des neckischen Bewegungsspiels nicht ganz unbeteiligt ist. Von Nürnberg aus ist das Jo-Jo-Spiel überhaupt erst richtig in Schwung gebracht worden. Die Nürnberger Spielwarenxporture haben mit Jo-Jo-Spielen den englischen und den holländischen Markt und nicht zuletzt natürlich auch den deutschen Markt überschwemmt.“

Was das Erreichte dabei ist, auch der bayerische Industrie haben sie zu verdienen gegeben. Die für Holland und England bestimmten Jo-Jos wurden nämlich in Riesenmengen in Furth im Walde, in der Oberpfalz, hergestellt, und eine einzige Fabrik dort, die Holzwarenfabrik von Ertl, hat allein im September über eine halbe Million Jo-Jo-Holzplatten nach Nürnberg geliefert. Die um Nürnberg herumliegende

Hausindustrie hat die Jo-Jos weiterverarbeitet, sie lackiert und spielfertig zum Versand gemacht. Die Fabrik von Ertl hat im September zu ihrer Stammarbeiterschaft 40 Mann neu einstellen müssen, um den Jo-Jo-Aufträgen überhaupt nur nachkommen zu können. Auch die Drechsler in Furth im Wald haben im September flotten Geschäftsgang durch Jo-Jo gehabt. Es konnten nicht genug Jo-Jos fabriziert werden. Ganz Furth richtete sich auf eine neue, längst ersehnte Konjunktur in der Drechsler- und Holzwarenbranche ein.

Zum größten Befremden wurde plötzlich inmitten der Vollfabrikation aus Nürnberg abgeblasen. Und augenblicklich stockt das Jo-Jo-Geschäft in Furth sogar vollständig. Über den Grund ist man sich nicht ganz im klaren, beziehungsweise man vermutet, daß die Hausindustrie um Nürnberg sich jetzt auch auf die Gesamtfabrikation von Jo-Jos eingestellt hat. Für die Furthener Industrie ist diese plötzliche Dispositionsänderung bedenklich, weil sich die Betriebe mit großen Lagerbeständen eingedeckt haben, die sie nun unter Umständen nicht loswerden können. Die mehr eingestellten Arbeitskräfte mußten, da der Absatz zur Zeit völlig stockt, wieder entlassen werden. Man hofft jetzt nur, daß die Nürnberger Fabrikanten eines Tages doch wieder Furth mit Aufträgen versehen, denn die Nachfrage nach in Deutschland hergestellten Jo-Jos ist nach wie vor unvermindert stark.

Die Vermutung, daß die Nürnberger Bestellungen auf Holz-Jo-Jos deshalb zum Stillstand gekommen sind, weil die Nürnberger Spielwarenindustrie die Jo-Jos selbst herstellen will, scheint berechtigt zu sein, denn in letzter Zeit sieht man schon mehr Jo-Jos aus Metall und Zelluloid als aus Holz. Diese Metall- und Zelluloid-Jo-Jos stammen meistens aus dem Nürnberger Spielwarenindustriengebiet. Es ist fraglich, ob dessen Konkurrenz durch die Holzspielwarenbetriebe wieder erfolgreich bekämpft werden kann.

Aus der kanadischen Musikinstrumentenindustrie

In Kanada gibt es nach der letzten, im Jahre 1929 durchgeführten Produktionsstatistik 42 Musikinstrumentenbetriebe mit zusammen 2500 Beschäftigten. Von den 42 Unternehmungen befinden sich 30 in der Provinz Ontario, 10 in der Provinz Québec und 2 in Britisch-Columbien. Mit der Herstellung von Klavieren und Orgeln beschäftigen sich 22 Betriebe, mit der Herstellung von Radioapparaten und Grammophonen 11 Betriebe und mit der Herstellung sonstiger Instrumente und Instrumententeile 9 Betriebe. Das in der Musikinstrumentenindustrie festgelegte Kapital wird auf 14,4 Millionen Dollar angegeben. Im Jahre 1929 betrug der Produktionswert aller Betriebe 13,5 Millionen Dollar, davon entfielen 4,8 Millionen auf Radioapparate, 4 Millionen auf Grammophone einschließlich Schallplatten, 3 Millionen auf Klaviere und Klavierteile, 1 Million auf Orgeln und 700 000 Dollar auf sonstige Instrumente.

Trotz der ziemlich gut entwickelten Eigenindustrie kann Kanada den Musikinstrumentenbedarf seiner Bevölkerung nicht selbst befriedigen. Im Wirtschaftsjahr 1929/30 wurden für 1,2 Millionen Dollar Instrumente eingeführt. Bis zum nächsten Jahr sank die Einfuhr allerdings auf 637 000 Dollar. Im Wirtschaftsjahr 1930/31 wurden 466 Klaviere eingeführt. Davon stammten 427 aus den Vereinigten Staaten, 32 aus Deutschland und 7 aus England. Auch bei der Einfuhr von Harmoniken, Streich- und Zupfinstrumenten stand in dem fraglichen Jahr Deutschland an zweiter Stelle. Aus den Vereinigten Staaten kamen solche Instrumente für 199 491 Dollar, aus Deutschland für 113 759 Dollar, aus der Tschechoslowakei für 11 592 Dollar und aus Frankreich für 3 397 Dollar.



Unterhaltung und Wissen



Das Ende einer Frau

Eine Geschichte aus Sumatra von Kurt Offenburg
(Schluß aus Nr. 44)

Sie sah sich um: die Sonne war verschwunden; gleich mußte es Nacht sein. Was suchte sie eigentlich hier? Allein? ... Wo war ihr Mann und wo ist X.? Sie schmeckte ein galliges Etwas auf der Zunge, wie sie sich der kurzen Auseinandersetzung erinnerte. Hatte sie nicht sterben wollen? Heute morgen noch? ... Ja, gleich mußte es Nacht sein! Gelähmt vor Entsetzen stand die Frau für Sekunden mit längenden Armen. Immer gelber und grüner färbte sich der Himmel, mit den weiten Augen der Angst starrte sie hinauf; hilflos entsetzt



Da fühlte sie auf einmal, wie das Gestrüpp unter ihren Füßen nachgab; es war, als schwankte der Boden, als wolle er sie einsaugen. Sie stieß einen furchtbaren Schrei aus — schrill und hoch, wie er war, zersplitterte er echolos unter dem unerbittlich weiten Himmel —, wandte sich um und wollte davonlaufen. Aber das Gefühl, daß der Boden unter ihr wegrutschte, um sich zu öffnen und sie zu verschlingen, und die kopflose Hast, mit der sie die Straße wieder erreichen wollte, waren ihrem Entkommen aus den Sumpfen ein größeres Hindernis als die Sträucher und Zweige, in denen sich jetzt ihre Füße verfangen. Die Frau stolperte und fiel, raffte sich auf und fiel wieder; sie wehrte, während sie zwei, drei Schritte machen konnte, mit beiden Händen die Moskitos vom Gesicht, die jetzt mit der Dunkelheit immer dichter über sie herfielen. Instinktmäßig schützte sie nur das Gesicht und den Nacken; die Stiche in Hände und Beine spürte sie schon nicht mehr.

Der Rückweg schien ihr endlos lang. Ihr dämmerte, als ob sie vorhin — wie lange ist es her? — an einer weißen Brücke vorbeigekommen wäre. Ja, an einer Brücke? Weshalb sah sie sie noch nicht? Sie war doch schon lange auf dem Rückweg! Und wieder faßte sie ein irrsinniger Schreck: sie war falsch gegangen; hatte die Richtung verloren. Doch die Frau hatte nicht mehr die Kraft, zu schreien, sie wimmerte in sich hinein, und die letzte Verzweiflung nahm ihr den Mut, weiterzugehen. Sie dachte nur: Ich bin verloren; und je stärker der Gedanke in ihr wurde, um so mehr schwanden ihre Kräfte. Sie ließ sich fallen, und schon während die Ohnmacht ihr Bewußtsein auslöschte, wehrte sie noch einmal gewohnheitsmäßig die Moskitos ab.

Der Gatte voll Bedauern, daß seine Frau nicht mitgekommen war, sah von seinem Tisch aus anerkennend, welcher ausgezeichnete Tänzer Herr X. war, der schon die dritte Runde mit der Gattin eines holländischen Tabakpflanzers tanzte.

Da kam ein Kellner und gab dem einsam bei seinem Bier Sitzenden einen Zettel. Der Mann sah die Schrift seiner Frau, erregt sprang er auf und ging in die Halle, wo der Empfangschef den Dolmetscher zwischen dem Sundaesen und ihm spielte. Nach zwei Sätzen schon wußte der Mann hellseherisch in seiner Angst, daß ein Unglück geschehen war. Er raunte zurück nach dem Tanzsaal — wo auf dem berühmten geteerten Parkett und unter dem matten Windhauch der großen Ventilatoren die Paare sich wiegten —, schrieb den Namen

des Herrn X., der wie erstarrt anhielt, sich bei seiner Tänzerin entschuldigte und auf den Gatten zukam. Dieser, zu sehr mit seinem eigenen Schmerz beschäftigt, merkte nicht, wie X. bei den Worten „Meine Frau ... sicher ein Unglück“ erbleichte.

Die gleiche Taxe, die die Frau bis zur Brücke gebracht hatte, fuhr die beiden Männer zurück nach B.

An Bord — niemand außer der Nachtwache war auf — wurden Offiziere und Matrosen geweckt. Man fragte den Sundaesen aus, der nur immer wiederholte: Die Frau sei vor der Brücke ausgestiegen.

Da sagte der Erste: „Wir müssen die Eingeborenen zu Hilfe nehmen, die Fischer. Sie haben die Boote. Auch sind wir zu wenig Leute.“

„Man muß die Ufer absuchen“, ergänzte der Zweite.

„Ja, die Ufer“, wiederholte der Gatte apathisch.

Der Erste sah den Zweiten an, als wollte er sagen: „Verrückt, Mensch! Sie hat sich in den Fluß geworfen.“ Und mit einem bösen Blick zu X., der plötzlich um Jahre gealtert schien im harten unbarmherzigen Licht des Sonnenbrenners: „Nicht, Herr X., man wird die Ufer absuchen, flußauf- und -abwärts und zu beiden Seiten der Brücke.“

„Ja, natürlich“, sagte er, und der Ton seiner eigenen Stimme klang ihm fremd und krächzend.

Gegen Morgen, das fiebrige Geflimmer der Sterne war schon im Erlöschen, nahte sich ein traurige Prozession dem Schiff. Vier Matrosen trugen im rotbraunen Segel eines chinesischen Fischerbootes die leblose Frau. Man hatte sie erst nach einigen Stunden, als man mit der Suche flußabwärts begann, kaum fünfzig Schritte von der Brücke entfernt, gefunden.



Der Gatte und Herr X. gingen nebeneher; dahinter schlich der Fischer, der um sein kostbares Segel bangte.

Die beiden Steuerleute und die Besatzung folgten in einigem Abstand. „Verfluchte Geschichte“, sagte der Zweite. „Hätte die Gesellschaft — er meinte die Passagiere — ihre Arbeit wie wir, passierte nicht solch ein Blödsinn. Die Langeweile ...“

„Der Alte wird Augen machen, wenn er heute früh kommt. Feine Bescherung. Eintrag ins Logbuch notwendig.“

„Die Gründe kümmern uns nicht“, antwortete der Erste. „Wir haben nur die vollendete Tatsache zu berichten.“

Zwei Stunden, nachdem man sie gefunden hatte, starb die Frau.

Ein europäischer Arzt, der aus M. eintraf, konnte nur noch den Tod feststellen. Am Nachmittag des gleichen Tages — sie muß rasch erfolgen in den Tropen — fand die Beerdigung statt; und abends gegen elf, mit abfließendem Wasser, lief das Schiff aus mit Kurs nach Hongkong.

Der Gatte blieb zurück. Der Dritte Steuermann, der als erste ärztliche Hilfe in der Kabine gewesen war, berichtete später dem Kapitän — als sie aus der südlichen Matakastraße heraus und wieder in offener See waren —, daß die Sterbende den Namen ihres Gatten genannt und gemurmelt habe, er sei der Beste und Einzige.

Herr X. verbrachte die sechzehn Tage Fahrt bis Hongkong in seiner Kabine.

Es geht der Weg ...

**Es geht der Weg durch Dickicht und Morast,
Die Luft ist heiß und voll von Drang und Glut.
Gestrüpp ist zäh und undurchdringlich fast;
Aus aufgerissnen Adern fließt das Blut.
Wir alle schleppen zentnerschwere Last,
Doch jeder Zuspruch lautet: Mut, nur Mut!
Wir sind, es längst gewohnt, uns durchzuschlagen
Und Bahn zu brechen, Kämpfe zu ertragen!**

**Es geht der Weg durch Mühe und Gefahr,
Und Schrecken haben viele wir erlebt.
Doch grade wenn die Not am höchsten war,
Dann wurde nicht gezittert und gebebt.
Dann stand die Faust, dann war die Stirne klar
Und rein der Blick, der sich zu Wolken hebt.
Ja, brause, lose, rase, Sturmgeselle!
Wir zwingen dich, du Bursch, wir sind zur Stelle!**

**Es geht der Weg an manchem Grab vorbei,
Da hingestreckt ein Freund und Kämpfer liegt,
Schlicht eingebettet. Messer oder Blei.
Er ward erschlagen, aber nicht besiegt.
Die Toten leben, ewig tönt ihr Schrei:
Seid wach, daß ihr die Tyrannei bekriegt.
Schützt unsre Kinder vor den wilden Horden.
Die hinter Büschen liegen, um zu morden!**

**Es geht der Weg zum Licht durch Dunkelheit,
Und dennoch strahlt durch Finsternis der Glanz.
O, die Millionen schreiten weit und breit
Und Freiheit ist Symbol und ist Morstranz.
Du aber schreite mit, mach dich bereit.
Weih dich dem Werk der schweren Arbeit ganz.
Das Dickicht weicht, wir sehen Pfad und Steg.
Zum Frieden und zur Freiheit geht der Weg.**

Henning Duderstadt

Alter und Abmessungen von Bäumen

Unter den vielen Gestalten, die die Natur werden und vergehen läßt, erreicht keine das hohe Alter und die Größe der Bäume. Sie sind die Riesen der Pflanzenwelt. Am zähesten im Kampf um das Dasein, strecken sich zu Höhen empor, die es mit denen der höchsten menschlichen Bauwerke aufnehmen, trotz Jahrhunderte und länger den Stürmen und anderen Unbilden, überdauern viele Geschlechter von Menschen und Tieren, die nur wenige Jahrzehnte bestehen und dann vergehen, und werden Zeugen von längst vergangenen Zeiten.

Das höchste Alter von allen Bäumen erreichen der Affenbrotbaum und der Drachenbaum. Sie werden 5000 Jahre und darüber alt. Alexander Humboldt beschrieb einen Drachenbaum auf Teneriffa, der bei 23 Meter Höhe und 12,8 Meter Umfang über 5000 Jahre alt gewesen sein soll. 1868 wurde er von einem Sturm umgeworfen. Die ältesten Affenbrotbäume haben bei nur 4 Meter Höhe mitunter einen Durchmesser bis zu 9 Meter. Ein Alter von über 4000 Jahren wird auch einer mexikanischen Sumpzyzypresse in der Nähe der Stadt Oaxaca zugeschrieben, die 11,8 Meter im Durchmesser hat. Eine solche Zypresse in der Stadt Cheputepco war schon zur Zeit der spanischen Eroberung wegen ihrer gewaltigen Abmessungen unter dem Namen „Montezuma-Zypresse“ berühmt. Auf ein Alter von 3000 Jahren schätzt man mehrere englische Eibenbäume, von denen einer, auf dem Friedhof von Brabura, schon 1660 einen Umfang von 17 Meter gehabt haben soll. Die größte bisher festgestellte Höhe weist der Eukalyptus auf, der bis über 150 Meter hoch wird und einen Stammdurchmesser bis zu 8 Meter erreicht. Am nächsten kommt ihm der Mammutbaum, von dem Stücke bis zu 140 Meter Höhe bekannt sind. Das Alter der stärksten von ihnen wird auf 1500 Jahre angegeben.

Unsere einheimischen Waldriesen bleiben hinter den genannten an Alter und Abmessungen weit zurück. So erreichen unsere Tannen bei 3 Meter Durchmesser nur

75 Meter Höhe und ein Alter von „nur“ 1500 Jahren. Unsere stärksten und ältesten Fichten werden etwa 1200 Jahre alt, 60 Meter hoch und 2 Meter dick; unsere Kiefern 500 bis 700 Jahre alt und 48 Meter hoch, unsere Lärchen 600 Jahre alt und 54 Meter hoch, unsere Föhren bis zu 570 Jahre alt.

Zu den langlebigsten unserer Laubhölzer zählt die Linde, von denen einige sehr alte bekannt sind. Eine der ältesten dürfte die schon im Jahre 1226 erwähnte bei Neustadt am Kocher sein, deren Alter auf 1000 Jahre geschätzt wird. Die stärksten Linden mit einem Umfang bis zu 26 Meter sollen nach Humboldt in Litauen gefällt worden sein. Die Platane wird bis zu 720 Jahre alt, der Ahorn 300 bis 400; in einzelnen Fällen sogar 500 Jahre. Die Rotbuche erreicht bei 44 Meter Höhe ein Alter von 300 Jahren, die nur bis 20 Meter hoch werdende Hainbuche kommt selten über 150 Jahre hinaus. Der Wallnußbaum wird im Süden bis zu 900 Jahre alt, welches Alter er in unseren Breiten nicht erreichen kann. Unsere Eiche ist in mehreren 600- bis 1000jährigen Stücken vertreten. Einzelne Eichbäume von 7 Meter Durchmesser und 20 Meter Höhe sollen auf 2000 Jahre zurückblicken können. So steht im Dorfe Hranocovi in Bosnien eine Eiche, deren hohler Stamm von 14 Meter Umfang als Ziegenstall benutzt wird, während die Krone jedes Jahr wieder grünt, und Humboldt erwähnt eine Eiche in Saintes im Departement de la Charente inférieure, deren Alter er auf 1800 Jahre schätzt.

Auch die Zedern des Libanon gehören mit zu den Bäumen, deren früheste Jugend mit dem Beginn unserer Zeitrechnung zusammenfällt. Die Kastanien und die Ölbaum e sollen ebenfalls 2000 Jahre alt werden können. Die Ölbaum e waren schon den Alten als langlebig bekannt, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß einige der Ölbaum e auf dem Ölberg bei Jerusalem schon zur Zeit Christi dort grünten. Schließlich sei noch ein Feigenbaum erwähnt, dessen ehrwürdiges Alter von 2220 Jahren urkundlich feststeht. Es ist der unter dem Namen Bogaha bekannte Feigenbaum bei Anuradhapura auf Ceylon, der im Jahre 288 vor Christi gepflanzt wurde. Dieser „heilige“ Baum — daher die genaue Angabe — soll von einem Zweige des Baumes stammen, unter welchem Gautama ruhte, als er den höchsten Grad der Vollkommenheit erreichte und Buddha wurde. Dieses Beispiel religiöser Verehrung eines Baumes ist durchaus nicht vereinzelt, dem Baumkultus begegnen wir vielmehr bei vielen Völkern des Altertums, auf deren religiöses Empfinden das hohe, fast übernatürlich erscheinende Alter und die alles andere überragenden Größenbegriffe einzelner Bäume einen großen Einfluß ausübten. B. S.

Allerlei Humor

Starker Tabak. Man fragte einen Schotten, warum er nicht mehr rauche. „Das ist zu schwierig“, sagte der Schotte. „Sehen Sie, wenn ich meinen eigenen Tabak rauche, dann tut mir das Geld leid. Und wenn ich mir Tabak zusammenschnorre, dann ist die Pfeife immer so festgestopft, daß sie keine Luft hat.“

Achtung! Herr Bracht. In einer Stadt ist kürzlich die Büste eines Mannes enthüllt worden, der sich um die Entwicklung der städtischen Anlagen große Verdienste erworben hat. In Nachgang zu der offiziellen Einladung erhielten die Teilnehmer einen Tag vor der Feier noch einen Brief mit folgendem Inhalt:

„Unter höflicher Bezugnahme auf die Einladung zu der Enthüllung der Büste des Herrn O. erlaube ich mir, mit Rücksicht auf eine Reihe von Anfragen ergebens mitzuteilen, daß sich die Einladung zu der Enthüllung der Büste auch auf die Damen der Herren bezieht. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren, hiervon gefälligst Kenntnis zu nehmen, und zeichne mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung.“



Aus dem Verbandsleben



Mehr Hausagitation!

Seiner Verärgerung über das Elend der heutigen Zustände gibt mancher Kollege dadurch Ausdruck, daß er den Verband für alle Nöte verantwortlich macht und schließlich seinen Austritt erklärt. Soll man eine solche Erklärung ruhig zur Kenntnis nehmen? Nein. Ganz gleich, aus welchen Gründen ein Kollege eigene Wege gehen will, es muß auf alle Fälle versucht werden, ihn als Mitglied des Verbandes zu erhalten. Werbearbeit muß geleistet werden. Und dabei erweist sich das alte und doch immer neue Mittel gewerkschaftlicher Werbung, die Hausagitation, als besonders wirkungsvoll.

Unsere Haus- und Betriebskassierer, die während ihrer Tätigkeit meist gar keine Zeit haben, sich mit fahnenflüchtigen Kollegen auseinanderzusetzen, müssen verpflichtet werden, der Ortsverwaltung sofort zu berichten, wenn ein Mitglied nicht mehr zahlen will oder glaubt, nicht mehr zahlen zu können. Die Ortsverwaltung beauftragt nun einen geeigneten Kollegen, den Kleinmütigen in der Wohnung aufzusuchen.

Wen soll man nun zu dieser zweifellos sehr schwierigen Arbeit heranziehen? Da wird gesagt, das ist ein reiches Betätigungsfeld für jüngere Gewerkschafter, hier haben sie Gelegenheit, aktiv mitzuarbeiten. Richtig, doch eines gilt es dabei doch zu beachten. Man Schicke zu älteren Kollegen nicht gar zu junge Werber. Es ist nun einmal so, und wenn man mit Erfolg arbeiten will, muß darauf Rücksicht genommen werden. Für den jüngeren Funktionär gibt es noch genug zu tun, wenn er Gleichaltrige oder Jüngere, vor allem auch Lehrlinge für den Verband zu erhalten oder neu zu gewinnen sucht. Genügt es ja auch nicht allem, daß man zur Werberbetätigung den guten Willen mitbringt, man muß schon über ein gut Teil Erfahrung verfügen, muß allerhand wissen, vor allem muß man verstehen, mit Menschen, auch wenn sie einem nicht gerade Schmeicheleien sagen, in taktvoller Weise umzugehen.

Da kommt man nun zu so einem mutlos gewordenen Kollegen hin. Obwohl ich auf Grund der Personalkarte über sein Alter, über Beruf, Arbeitsstätte oder Arbeitslosigkeit und Dauer seiner Mitgliedschaft informiert bin, was sehr viel wert ist, kenne ich in den meisten Fällen den Kollegen nicht persönlich. Jetzt kommt es darauf an, daß ich ihm gegenüber den richtigen Ton und zur rechten Zeit das rechte Wort finde. Gelingt mir das, dann wird der Kollege mich nicht an der Tür abweisen, sondern in die Wohnung Zutreten lassen, wo dann all die Fragen besprochen werden, die den Kollegen am stärksten berühren.

Dabei stellt man immer wieder fest, die Beiragsfrage und eng damit verknüpft der Abbau der Verbandsunterstützungen spielen zur Zeit eine große Rolle. Darüber hinaus berührt die Aussprache ja nicht nur gewerkschaftliche Dinge, sondern meist auch rein politische oder gar lokale Geschehnisse der letzten Zeit, oft genug aber auch solche der Vergangenheit.

Bei einer solchen Diskussion darf sich der Werber keine Blöße geben. Sicher und überzeugt muß er reden und Antwort geben können. Unsachliche Einwände gilt es zurückzuweisen, sich aber nicht gleich aufregen und den Befragten spielen, sondern ruhig und sachlich in kollegialster Weise Aufklärung schaffen.

Ein geschicktes es, daß sich die Ehefrau an der Aussprache beteiligt und ihre Meinung manchmal sehr drastisch zum Besten gibt. Wo die Frau den Mann im abnehmenden Sinne beeinflusst, dort ist die Werbearbeit doppelt schwer. Enttäuschterweise habe ich aber auch bei manchen Frauen die beste Unterstützung gefunden.

Man unterlasse es, Frauen vorzuwerfen, sie verstanden nichts von den Dingen. Im Gegenteil, ich höre mir die Meinung der Frau stets mit größtem Interesse an, zeige ihr aber dann an anschaulichen Beispielen die Inangenehmigkeit der Organi-

sation und ihren Wert für jeden Kollegen und dessen Familie. Wie oft habe ich das schon erlebt, daß sich die Frauen belehrbar erwiesen und die Tätigkeit der Gewerkschaften als wertvoll anerkannten.

Neben seiner eigentlichen Aufgabe hat also der Werber noch eine sehr nützliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Große Geduld

Schiebung

Die Firma Gebrüder Moser unterhält drei Möbelfabriken. Der Stammsitz ist in Schramberg, wo etwa 300 Arbeiter beschäftigt werden. Ein zweiter Betrieb mit etwa 100 Arbeitern ist in Dürmersheim in Baden und ein dritter

Sollte diese Vermutung zutreffen, dann wäre das ein neues Beispiel dafür, zu welchen Widersinnigkeiten die formale Juristerei verführt. Hier handelt es sich nicht um einen Angeklagten, sondern um Arbeiter, denen durch ein doppeltes Unrecht der ohnehin karge Lohn gekürzt wird. Einmal durch das Unrecht der Notverordnung, zum anderen durch ihre unrechtmäßige Anwendung.

Durch eine Beschwerde unseres Verbandes ist der Reichsarbeitsminister ersucht worden, das Unrecht gutzumachen. Die einzig richtige Folgerung aus dem Fall, der ja keineswegs vereinzelt steht, wäre die schleunige Aufhebung der Verordnung vom 5. September, die zur „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ nicht beiträgt, sondern nur die Arbeiter schädigt und die Unternehmer verführt, sich durch Schiebungen auf Kosten der Arbeiter einen unrechtmäßigen Gewinn zu verschaffen.

Abgewehrte Lohnsenkung

In der Abwehr der notverordneten Lohnkürzung machen unsere Kollegen mitunter eigenartige Erfahrungen. Interessant ist die Entwicklung der Dinge in der Möbelfabrik Seidel u. Gerum in Fürth i. B. Die Firma untersteht dem mit den Innungen abgeschlossenen Vertrag und beschäftigte 40 Arbeiter. Sie stellte 7 Arbeiter ein und gab die entsprechende Lohnkürzung bekannt. Die Kollegen teilten dem Unternehmer mit, daß sie es unter den Umständen vorziehen, nur noch 30 statt seither 40 Stunden zu arbeiten. Das beantwortete die Firma mit einem Anschlag, in welchem sie bekanntgab, daß die erwarteten Aufträge ausgeblieben wären und sie deshalb gezwungen sei, nicht nur die 7 neu eingestellten, sondern 8 weitere Arbeiter zu entlassen. Die Kollegen haben diese Maßnahmen richtig verstanden. Von der beabsichtigten Arbeitseinstellung konnte aber Abstand genommen werden, da sich die Firma in der Verhandlung mit unseren Verbandsvertretern bereit erklärte, die entlassenen 8 Kollegen wieder einzustellen und auch die 7 weiteren Kollegen zu beschäftigen, wenn genügend Aufträge vorliegen.

Die Möbelfabrik Wunderlich in Fürth untersteht keinem Vertrag. Trotzdem verkündete sie unter Berufung auf die Notverordnung einen Lohnabzug mit dem Hinzufügen, daß der Anschlag für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit der Regelung nicht einverstanden sind, als Kündigung zum nächstzulässigen Termin gelte. Unsere Kollegen fochten den vorgenommenen Lohnabzug durch Klage vor dem Arbeitsgericht an. Insgesamt wurde 276,36 Mk. vorenthaltener Lohn eingeklagt. Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, der anscheinend die Firma bei ihrem Vorgehen beraten hatte und sie vor dem Arbeitsgericht vertrat, mußte hier die Berechtigung der Forderung auf Nachzahlung anerkennen.

Auch anderwärts gibt der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedern Anweisung, den Lohnabzug nach der Notverordnung auch dort durchzuführen, wo ein Tarifvertrag nicht besteht. So wird aus Bremen berichtet, daß die Firma Klocke u. Co. deren Inhaber Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes ist, einen entsprechenden Anschlag angeheftet hat, in welchem zum Schluß gesagt ist, daß dem Schlichter die vorgeschriebene Mitteilung gemacht sei. Die Vereinigten Werkstättenbetriebe richteten sich auf den Arbeitgeberverband, der ihnen aufgegeben habe, die Abzüge zu machen. Hier ist Klage beim Arbeitsgericht anhängig gemacht. Ohne den Termin abzuwarten, hat die Firma ihre Arbeiter ausgesperrt. Auch bei Klocke ist es zur Aussperrung gekommen.

Den Alten zur Ehr'



Georg Ott Ludwig Langstengel Eugen Böpple Andreas Heck

Alle vier Kollegen sind Mitglieder der Verwaltungsstelle Würzburg. Kollege Ott ist seit 1886 organisiert, erst im Zentralverein der Bildauer und seit dem 1. Oktober 1919 in unserem Holzarbeiter-Verband. Er war viele Jahre lang in seiner früheren Berufsorganisation ein fleißiger Funktionär, wie er auch heute noch allezeit seine Pflicht tut. Kollege Langstengel ist seit 1892 Verbandsmitglied. Von den 40 Mitgliederjahren sind gut 30 Funktionärjahre. In den 4. Kriegsjahren war er der Mittelpunkt der örtlichen Bewegung, in dieser Zeit hat er sich unvergängliche Verdienste um den Verband erworben. Seit 25 Jahren ist er nebenbei noch Kassierer der Tischlerkrankenkasse, Filiale II, in Würzburg. Kollege Böpple ist gleichfalls seit 1892 Verbandsmitglied. Seit 1896 ist er, mit Ausnahme der Kriegsjahre 1914-18, Mitglied der Ortsverwaltung; erst war er Schriftführer, dann 2. Bevollmächtigter und heute bekleidet er den Posten eines Revisors. Auch Kollege Heck kann auf eine 40jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Sein Eintritt in den Verband erfolgte am 15. August 1892. Von 1906 bis 1914 war er 2. Kassierer. Nach Beendigung des Weltkrieges wurde er 1. Kassierer, und diesen Posten hatte er bis zur Anstellung des Bezirksleiters inne. Vor einigen Wochen mußte er, wegen Krankheit aus der Ortsverwaltung ausscheiden, aber wenn und wo er helfen kann, ist er auch heute noch zur Stelle.

Den Jungen zur Lehr'

gehört dazu und viel Zeit. Ja, Zeit muß dabei geopfert werden, denn mit einem Gang ist meist die Sache nicht erledigt. Wie oft trifft man den Kollegen oder die Kollegin in der Wohnung überhaupt nicht an. Ganz besonders im Sommerhalbjahr, wo sich ja alles im Freien, sei es im Schrebergarten, auf dem Felde, im Bade oder sonstwo aufhält. Deshalb ist es zweckmäßiger, die Werreaktion im Winterhalbjahr durchzuführen. Natürlich müssen all die Fälle, die von den Kassierern laufend gemeldet werden, sofort ihre Erledigung finden, auch wenn, wie im Sommer, das Aufsuchen in der Wohnung mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist.

Will man Lehrlinge dem Verband zuführen, so ist es zweckmäßig, wenn auch nicht unbedingt erforderlich, daß die Eltern des Lehrlings durch einen Kollegen des gleichen Berufs aufgesucht werden. Dieser wird am besten über berufliche Fragen mit dem Lehrling und dessen Eltern sprechen. Geschickt wird er dabei auf unsere Jugendarbeit hinweisen und die Eltern überzeugen, daß der Junge bei uns in gute Hände kommt.

In allen Fällen muß der Werber ganz gleich ob er einen älteren oder jüngeren, eine Kollegin oder einen Lehrling für den Verband zu erhalten oder zu gewinnen sucht, den besten Eindruck hinterlassen. Auch dort, wo sein Bemühen zur Zeit keinen Erfolg gebracht hat, nicht jeder Gang ist erfolgreich, manche Enttäuschung erlebt man, das darf einen nicht verdrücken. Wer andere aufrechten will, darf selbst den Kopf nicht hängen lassen. Gar mancher ist auf diese Art der Werbung aniferüttelt worden, hat wieder Mut bekommen und hat sich in die Reihen seiner Kampfgenossen zurückgefunden.

Höhe Anforderungen werden somit an den Werber gestellt. Nicht jeder tüchtige Verbandskollege wird zugleich ein guter Werber sein. Allerorts wird es aber solche Kollegen geben, die das Geschick haben, diese schwierige Arbeit mit Erfolg zu übernehmen. In schwerster Zeit dem Verband am besten zu dienen, das muß fester Wille des Werbers, muß Leitmotiv seines Handelns sein.

mit etwa ebensoviel Beschäftigten, ist in Minden i. W. Im Juni dieses Jahres wurde der Betrieb in Minden stillgelegt; nur etwa 20 Arbeiter wurden mit der Fertigstellung der angefangenen Arbeiten beschäftigt. Nach Erlass der Notverordnung wurden wieder 40 Arbeitskräfte eingestellt, darunter 10 Arbeiterinnen, obwohl solche früher im Betrieb nicht beschäftigt wurden. Zu gleicher Zeit wurden in Schramberg 40 Arbeiter entlassen, und in Dürmersheim wurde Antrag auf Stilllegung gestellt, um Entlassungen vorzunehmen. In Minden wollte die Firma von der Notverordnung Gebrauch machen; sie kündigte den Arbeitern an, daß ab 5. September der Lohn für die 31. bis 40. Stunde um 50 Prozent gekürzt wird.

Hier liegt offensichtlich eine Schiebung vor, wie sie der § 4 der Verordnung vom 5. September 1932 im Auge hat. Hiernach kann der Schlichter die Beugnis zum Lohnabzug ganz oder teilweise entziehen, „so weit nach seiner Überzeugung der mit der Verordnung beabsichtigte Zweck nicht erreicht wird, insbesondere soweit die Neueinstellungen durch Verschiebung der Arbeit zwischen mehreren Betrieben oder Betriebsabteilungen bedingt sind“.

Der Antrag unserer Kollegen, der Firma die Berechtigung zum Lohnabzug zu entziehen, wurde aber vom Schlichter Braun abgelehnt mit der Begründung: „da es mindestens fraglich geblieben ist, ob die Neueinstellungen durch Verschiebung der Arbeit zwischen den verschiedenen Betrieben der Firma Moser bedingt sind“.

Diese Entscheidung des Schlichters und ihre Begründung ist geradezu aufreizend. Der Schlichter hat sich trotz des einwandfreien Beweismaterials nicht davon überzeugen lassen, daß hier eine Schiebung vorliegt. Vermutlich hat er den im Strafrecht geltenden Grundsatz angewendet, wonach ein Zweifel zugunsten des Angeklagten zu werten ist, und zugunsten des Unternehmers entschieden, gegen den sich die Beschwerde richtete.

Mit Liefzettel dieser Nummer ist das 45. Wohlfühlgesetz fällig

Macht's nach!

Von dem Erfolg systematischer Werbearbeit meldet ein Bericht aus Stuttgart. In wenigen Wochen ist es dort gelungen, 80 Neuaufnahmen zu vollziehen. Möge dieses Beispiel überall zu emsiger Nachahmung anspornen.

Südwestdeutsche Bürstenindustrie

Nachdem seit Mitte August tariflos gearbeitet worden war, ist am 20. Oktober mit dem Verband südwestdeutscher Bürsten- und Pinselindustrieller ein neues Lohnabkommen getroffen worden. Hiernach beträgt der Mindestlohn für Facharbeiter über 24 Jahre in den drei Ortsklassen 67, 61 und 55 Pf., für Facharbeiterinnen 46, 42 und 36 Pf. Das Abkommen ist erstmalig zum 30. April 1933 kündbar.

Holzgewerbe in der Provinz Brandenburg

Nachdem die Parteien in wiederholten Verhandlungen zu keiner Verständigung kommen konnten, einigten sie sich, wie wir berichtet haben, auf den Vorschlag der Unternehmer, gemeinsam den Schlichter anzurufen. Auf den 21. Oktober wurden sie vor den Schlichter Heuer geladen. Der Stand der Verhandlungen war so, daß die Unternehmer zugestanden hatten, auf das Recht zu verzichten, bei Neueinstellungen Abzüge auf Grund der Notverordnung zu machen, sofern die Arbeiter in eine Senkung des Tariflohns von 90 auf 81 Pf. willigen. Eine Verständigung auf solcher Grundlage war unmöglich, und die Aufgabe der Schlichterkammer wäre es gewesen, den Parteien einen Verständigungsvorschlag zu machen. Nachdem ihm der Sachverhalt vortragen war, verhandelte der Schlichter mit den Parteien getrennt. Er erklärte den Arbeitervertretern, daß ein Vorschlag, auf die Anwendung der Notverordnung zu verzichten, für ihn nicht in Betracht käme. Die sofortige Bildung einer Schlichterkammer lehnte er ab. Er machte den Vorschlag, die Verhandlungen auf eine oder zwei Wochen zu vertagen, ohne aber zu verraten, was er mit dieser Vertagung bezweckte. Dieses

eigenartige Verhalten des Schlichters veranlaßte die Arbeitervertreter, ihren Antrag auf Schlichtung zurückzuziehen. Die Unternehmer taten das gleiche. Somit war das Verfahren vor dem Schlichter beendet. Zugleich aber auch die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und den beiden Innungsveränden. Für das Holzgewerbe in der Provinz Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreußen besteht somit kein Lohnabkommen.

Diese Verhandlungen erstreckten sich nicht auf die Möbelfabrik Collath in Frankfurt a. d. O., wo unsere Kollegen im Streik standen, weil ihnen ein Lohnabzug von 10 Prozent zugemutet wurde. Diese Firma ist Mitglied des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes in Frankfurt a. d. O. Auf Grund einer hier getroffenen Vereinbarung konnte der Streik am 26. Oktober beendet werden. Hiernach wird der Lohn um 4 Prozent gesenkt und dabei festgestellt, daß damit die auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932 möglichen Lohnabzüge abgegolten sind.

Auch ein Sieg der RGO.

Das kommunistische „Volks-Echo“ berichtete in seiner Nummer 225 in großer Aufmachung über den Streiksieg bei der Möbelfabrik Türkflitz in Brandenburg. Der Bericht schloß mit den Worten: „Diese Kämpfe zeigen, was erreicht werden kann, wenn die Belegschaft einig ist und sich dem verderblichen Einfluß der SPD. entzieht. Rüstet zum Kampf unter Führung der RGO., wählt eure besten Kollegen in ein Kampfkomitee.“

Das ist ganz gut gebrüllt, nur hat die Sache den einen Haken, daß die RGO. nicht mit einem einzigen Mann an dem Kampfe beteiligt war. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband hat diesen Streik geführt, ohne viel Wesens daraus zu machen, denn es ist selbstverständlich, daß unsere Verbandsmitglieder zusammenhalten. Ob der Erfolg auch erzielt worden wäre, wenn die RGO. ihre Finger dazwischen gehabt hätte, sei dahingestellt. Da die kommunistische Presse Siegesberichte der RGO. verlangt, muß sie sich eben mit fremden Federn schmücken. Das ist aber auch ihre stärkste Seite.

Ostpreußen tariflos

Das tarifliche Lohnamt für das ostpreußische Holzgewerbe hat am 17. Oktober einen Schiedsspruch gefällt, durch welchen der Spitzenlohn von 83 auf 79 Pf. herabgesetzt wird. Da der Schiedsspruch hierüber nichts enthält, wären die Unternehmer berechtigt gewesen, diese reduzierten Löhne noch nach Maßgabe der Notverordnung weiter zu kürzen.

In dem am 18. Oktober gefällten Schiedsspruch des Lohnamtes für die Sägewerksindustrie Ostpreußens ist auf die Notverordnung insofern Bezug genommen, als ausgesprochen ist, daß für diejenigen Betriebe, in denen Lohnsenkungen auf Grund der Notverordnung nicht eintreten, der tarifliche Ecklohn des ungelerneten Arbeiters über 22 Jahre von 46 auf 44 Pf. herabgesetzt wird.

Mit diesen Schiedssprüchen hat sich eine am 23. Oktober abgehaltene Konferenz der Verwaltungsstellen beschäftigt, die nach gründlicher Aussprache beschloß, beide Schiedssprüche abzulehnen. Die Kollegen waren der Meinung, daß nun endlich Schluß gemacht werden müsse mit dem ewigen Lohnabbau. Die ostpreußischen Kollegen stimmen mit der Arbeiterschaft in ganz Deutschland darin überein, daß die Verordnung vom 5. September 1932 ein schweres Unrecht ist, das der Arbeiterschaft zugefügt wurde. Durch die Annahme des Schiedsspruchs für das Holzgewerbe würden sie dieses Unrecht nicht nur sanktionieren, sondern darüber hinaus anerkennen, daß die Löhne noch weiter gesenkt werden können, als es die Notverordnung zuläßt. Ein Tarifvertrag, der den Arbeitern nur immer neue Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bringt, hat seinen Sinn verloren. Dann ist es besser, ohne Vertrag zu arbeiten. Bei dem Schiedsspruch für die Säger kommt noch in Betracht, daß der seitherige Tariflohn die unterste erträgliche Grenze erreicht hat. Es wäre unverantwortlich, einer weiteren Senkung zuzustimmen.

Arbeiterpolitik der Nazis

Während des Krieges hat das Wirtschaftsamtsamt der Stadt Heidelberg eine Holzbearbeitungsstelle ins Leben gerufen.

Ursprünglich nur für die Bereitung von Brennholz bestimmt, entwickelte sich der Betrieb zu einer gut eingerichteten Tischlerei. Im Jahre 1924 wurde sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren sämtliche Aktien im Besitz der Stadt waren. Die Sache ging gut bis zu dem Wahlsieg der Nazis bei den letzten Gemeindevahlen. Um ihre Mittelstandsfreundlichkeit zu beweisen, setzten sie die Stilllegung der „Heidelberger Holzindustrie AG.“ durch. Dem Gewerbe ist daraus kein Vorteil erwachsen, der einzige Erfolg war, daß eine Anzahl Kollegen arbeitslos wurden. Einige wurden vom städtischen Wirtschaftsamt in die Müllabfuhr übernommen. Einige andere machten vor dem Arbeitsgericht ihren Anspruch auf Weiterbeschäftigung durch die Stadt geltend. Dieser Prozeß schwebt noch. Hierbei dreht es sich unter anderem um die Frage, ob die Aktiengesellschaft ein städtischer Betrieb ist. Von der Stadt wird das bestritten. Vom Ministerium des Innern aber bejaht. Dessen Entscheidung war angerufen worden, weil der Landesfürsorgeverband gegen die Entlassung von fünf Schwerbeschädigten Einspruch erhoben hatte. Durch den Schwerbeschädigtenausschuß beim Ministerium wurde der Einspruch des Landesfürsorgeamtes für berechtigt erklärt.

Die Stilllegung des Betriebes hatte auch böse Folgen für die Lehrlinge. Von den 12 Lehrlingen hatten bei der Stilllegung 3 ausgelernt und waren damit entlassen. Für weitere 3 gelang es, eine andere Lehrstelle zu finden. Wegen der verbliebenen 6 Lehrlinge, die am 3. September entlassen wurden, muß nun auch mit der Stadt geklagt werden. Zum mindesten hat die Stadt die moralische Pflicht, für die weitere Ausbildung dieser Lehrlinge zu sorgen. Ob eine rechtliche Verpflichtung vorliegt, wird das Arbeitsgericht entscheiden.

Der Fall der Heidelberger Holzindustrie ist bezeichnend für die Arbeiterpolitik der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“. Das Wohl der Arbeiter ist den Nazis gleichgültig, wenn sie Gelegenheit haben, dem sogenannten Mittelstand eine Freundlichkeit zu erweisen, die diesem nicht einmal einen praktischen Nutzen bringt. Das ist lehrreich für die Arbeiter, die den Nazis ihre Stimmen gaben.

Das ist die Salem-Fabrik

Das Raucher-Ideal

ist im Grunde genommen stets dasselbe:

Die milde Zigarette von hochwertigen orientalischen Tabaken.

Daher steht an der Spitze aller deutschen Marken seit Jahrzehnten

die milde
SALEM 3 1/2

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

Der Almanach 1933

Taschenkalender für die Mitglieder des Verbandes wird Mitte November ausgeliefert
Er kostet in diesem Jahr nur noch **60 Pfennig** und ist trotzdem wieder vorzüglich ausgestattet

Aus seinem Inhalt heben wir besonders hervor:

„Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ / Geschichtskalender / Aus der Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes / Übersicht über die deutschen Gewerkschaften / Lohnsteuer-Berater / Abgabe zur Arbeitslosenhilfe / Tabelle zum Ablesen der Lohnsteuer / Tabelle zum Ablesen der Arbeitslosenhilfe Religionszahlen aus Deutschland / Millionenstädte in der ganzen Welt / Ergebnisse der Reichstagswahlen seit Beendigung des Weltkrieges / Wer hat uns seit 1918 regiert? / Ergebnisse der Reichspräsidentenwahlen / Wichtige deutsche Bodenerhebungen / Deutsche Inseln in Nord- und Ostsee Holzmaße / Deutsche Wirtschaftszahlen / Haushaltungen in Deutschland im Jahre 1925 / Wasserkräfte der Welt / Erkennungsmerkmale wichtiger Edelhölzer / Kl. Lexikon des gewerblichen Rechts

Bestellungen erbittet die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Kölln Park 2

Original-süddeutsche Hobelbänke 52 Mark
2 m. längere Blattlänge, Stahlspindel, mit Werkzeu-Neuheiten!
Preisliste gratis, und franko
OTTO BERGMANN
BERLIN - LICHTERFELDE - WEST

Sportschlitten-Kufen
Esche, gebogen, prima Ware
100 120 140 160 200 cm Holzlänge
1,35 1,60 1,80 2,25 3,25 Mk. per Paar
Ringelkufen, 145 cm Holzlg. 4,50 Mk.
Hobelbänke u. Werkzeuge billigst.
H. Wäiber, Dresden, Rehefeld-Str. 53

Leim- u. Furnieröfen
von 44 Mk. an franko, Preisl. kostenl.
Gehr. Bettinger, Freiburg i. B.

Intarsien aller Art
Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstr. 7.

Hobelbänke 50 RM.
2 m lang, Stahlspindel, komp. in Qual.
Blatt la gedämpft, Rotbuche, Garantie
Werkzeuge
Abbildung und Preisliste gratis
Karl Ramisch, Pirna, „Kaserne“

Qualitäts-Werkzeuge
nur bei der Werkzeugfabrik
M. Hlissing, Nürnberg, besteht seit 1850
Voll-Garantie - Verlangt neuen Katalog H. kostenlos.

Amerikan. beste Bezugsquelle!
Billige böhm. Bettfedern
und Daunen. Nur reine, gutfüllende Qualitäten. 1 Pfund
graue, gute, geschlossene 50 Pf., bessere 80 Pf., halbweiße,
flaumige 1 Mk., weiße, flaumige, geschlossene 1,50, 1,90,
2,50 Mk., feinsten Herzschafts-Damenschleib 3, 4, 5 Mk.
Graue Halbdaunen 1,75 Mk., halbweiße Daunen 3 und 5 Mk., weiße 6 Mk.,
feinste Branddaunen 8,50, 10 Mk., Kupffedern, halbweiß 1,35 Mk., weiß
1,95 Mk., allerfeinsten Flaumrumpf 2,25, 3,25, 4,25 Mk. Versand jeder Menge
zollfrei geg. Nachnahme. Von 10 Pf. an auch portofrei. Nichtpassendes
umgetauscht oder Geld zurück. - Ausfuhr, Preisliste und Muster kostenlos.
S. BENISCH in PRAG XII.
Americká ulice Nr. 189, Böhmen.

Die erfolgreichen und verjüngend wirkenden Herbitturen mit Philippsburger Serbaria-Kräuterheilmitteln

haben schon zahllosen Kranken die verlorenen Gesundheit zurückgebracht. Niemand sollte daher verdammen, gerade jetzt im Herbst eine solche Kur durchzuführen, denn leichter wird nur wenige Menschen ganz gesund, sondern fast alle tragen die Belastung zu Krankheiten in sich und fallen diesen beim Winteranbruch und ganz besonders beim Übergang vom Herbst zum Winter zum Opfer. Darum ist jetzt die geeignete Zeit, dem Organismus seine Kräfte zurückzugeben, um die herbautischen Gesundheitsstörungen zu beheben und die Gesundheit zu fördern.

Die Natur erzeugt die geeigneten Mittel hierzu!

Das den Krankheiten und wirksamen Heilmitteln haben wir auf Grund von jahrelanger Arbeit, überaussten Erfahrungen und den neuesten Erfahrungen der Fortschritte auf dem Gebiet der Pflanzenheilkunde erprobte Kräuterheilmittel hergestellt und gegen nebenstehende Krankheiten wirksam gemacht, die mit jedem Leiden der Fortschritte zusammenhängen können. Wir liefern diese Kräuterheilmittel unter den nebenstehenden Namen in Flaschen mit je 100 - 125 Gramm Inhalt zu 2,- bis 3,- Mark an P. (je nach Sorte (Zusatz)). Für Kinder werden 6 - 10 Pf. benötigt. Wir empfehlen die mit unsere anerkannten Kräuterheilmittel in Proben für unentgeltlich. Krankenheilmittel gegen nebenstehende Krankheiten:

| | | |
|---------------------|---------------------|-----------------------|
| Kräuter-Tee | Kräuter-Pulver | Kräuterpulver-Kapseln |
| Flasche 2,- bis 3,- | Flasche 2,- bis 3,- | Flaschen 3,00 u. 2,50 |
| Kinder-Tabletten | Kinder-Dragees | |
| 100 Tabletten 3,- | 150 Stück 2,- | |

Jedermann lese das lehrreiche Buch „Das Pflanzenheilmittel“ von August Heilmann, Karl S. a. l. e. r. 208 Seiten, Karl Preis 1,- Mark (Bei Bestellungen im Werte von 7,50 Mark gratis).

Herbitturen: Serbaria-Kräuterparadies Philippsburg, G. m. b. H., Philippsburg 319 (Baden).

Togal

unübertroffen bei
**Rheuma - Gicht
Kopfschmerzen**
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!



Über 100000 Familien
besitzen seit Jahren unsere billigen Schuhe
L. S. Spangenberg
Schwarz, Braun und Led. **3.75**

Bestimmen Sie kostenlos unsere neuesten aussehenden Prachtstiefel. Garantierter Inhalt über 600 Pfund.
Deutsch-Amerik. Schuhges.
Hagen P. 68, Bismarckstr. 11

FORDERN SIE den neuen Lehrplan der
**Tischlerfachschole
Blankenburg (Harz)**
an. Die moderne Ausbildung für den weiterstrebenden Tischler

Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägelei. Kat. gratis
J. Brendel, Limburgerhof 93, Pfalz

Billige böhm. Bettfedern
nur reine, gutfüll. Sorten. - Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk., halbweiße 3 Mk., weiße 4 Mk., bessere 5 Mk. u. 6 Mk., daunenweiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. und 12 Mk., weiße ungeschl. Rupffedern 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. **Benedikt Sachsel, Lohes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen)**

Reform-Putzhobel, mit Pockholzsohle, verstellb. 45 mm Spund, l. poliert. And. Werkzeuge billig. Prosp. gratis.
Heinrich Genuit, Berlin O 17, Warschauer Straße 38 - 42. 830

Alles billiger! Westfalia Werkzeugcompany Hagen 104, I. W.

Gummiwaren „Medicus“ Hygienisch Artikel Preisliste 0. gratis. Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 4.

Eiserne Betten Schlafzimmer, Stahlrohr, Polster an jeden Teilzahl. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl, Th.

Hautleiden u. Heilung! Selga-Pasta. Selga-Pasta ist das erst. Mittel, welches mit unter unzähligen verschickten Mitteln gehalten hat. L. H. Tausende Dankschreiben über geheilte Flecht, Hautausschlag, Mitesser, Pickel, Hautjuck. Prob. geg. 70 Pf. (Brieft.) Kurpack. 1,50. Rathaus-Apothek, Düsseldorf 17.

Bezeichnung der hauptsächlichsten Serbaria-Kräuterheilmittel:

- 3 Appetitlosigkeit, Magenbeschwerden
- 4 Arterienverkalkung, Blutdruck
- 6 Asthma- und Nierenbeschwerden
- 11 Blennorrhoe, Blasenentzündung
- 12 Blasen- und Nierenleiden
- 14 Bluthochdruck und Blutarbeit
- 19 Unreines Blut, Geschwüre und Samenschwäche
- 20 Blutzirkulationsstörungen
- 23 Brust- und Lungenentzündung
- 26 Fruchtbarkeit, Stuhlverstopfung
- 29 Diabetes (Zuckerkrankheit)
- 32 Fettigkeit, Körperbau
- 34 Epilepsie und Krampfanfälle
- 40 Gallensteine und Gallengrieß
- 44 Gicht, Rheuma, Ischias
- 49 Hämorrhoidalleiden
- 52 Herzschwäche, Herzleiden
- 60 Kopfschmerzen und Migräne
- 62 Kopf- und Ohrenleiden
- 65 Leber-, Nieren- und Gallenleiden
- 66 Lungenentzündung (Tub. und Keimverschleim)
- 68 Magen-, Nieren-, Magen- und Verdauungsleiden
- 70 Magen- und Darmgeschwüre
- 89 Nervenkrankheiten und Nervenleiden
- 92 Sexualnervenkrankheiten
- 94 Bluthochdruck, Nierenleiden
- 98 Haut-, Kopf- und Nervenleiden

Jedermann lese das lehrreiche Buch „Das Pflanzenheilmittel“ von August Heilmann, Karl S. a. l. e. r. 208 Seiten, Karl Preis 1,- Mark (Bei Bestellungen im Werte von 7,50 Mark gratis).

Etwas Picantes
GEG-MARINADEN UND FEINKOSTWAREN
aus Ihrem Konsumverein!

KOLLEGEN! Kauft eure Bücher über die Verlagsanstalt des Verbandes. Sie liefert alle im Buchhandel erschienenen Werke. Bestellungen nehmen 3 m. l. i. c. h. a. Verwaltungen entgegen

JOSEF WITT WEIDEN OPF.

der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken

| | | |
|--------|---|---|
| 4000 | Arbeiter und Angestellte in eigenen Betrieben. | Alle diese Webwaren, welche von der besten Baumwoll-Weberei für den besten Stoff in unserer eigenen Fabriken hergestellt werden, werden direkt ohne Zwischenhändler an unsere Verbraucher-Kundschaft weitergeliefert. |
| 30000 | 1/2 B. Baumwollgarne tägliche Fertigung in eigenen Baumwoll-Spinnereien. | |
| 105000 | Neuer Baumwollstoffe tägliche Fertigung in eigenen Webwarenfabriken. | |
| 80000 | Neuer Baumwollstoffe tägliche Fertigung im Bereich in eigenem Ausstattungswerk. | |

1 Million Warenbestellungen haben meine alten und **380000** Kunden im letzten Jahre nachbestellt.

Warum haben diese ungeheuren Massen meiner Kunden, nachdem sie meine Waren gesehen hatten, wiederholt meine Waren nachgekauft? - Ihre Antwort wäre mir auf diese Frage sehr interessant und besonders erwünscht!

Die Rohbaumwolle, aus welcher meine Stoffe hergestellt werden, ist seit August gewaltig im Preise gestiegen, weshalb auch Baumwollstoffe bedeutend teurer wurden.

Jetzt habe ich noch gewaltige Mengen dieser Rohstoffe aus der billigen und billigen Zeit. Daher heute noch diese ungeheuer niedrigen Preise!

Diese Preise sind sofort ungültig, wenn ein Inserat mit höheren Preisen erscheint.

| Nr. | Bezeichnung | Mtr. Dg. | Nr. | Bezeichnung | Mtr. Dg. | Nr. | Bezeichnung | Mtr. Dg. |
|-----|--|-------------------|-----|---|------------------|-----|--|----------------------|
| 81 | Borchungstoffe (sog. Warden), Indanthrenfarbig gestreift, durchsichtig gewebt, etwas geringere Sorte | 70 cm breit = 12 | 86 | Weißes Hemden-tuch, mittelhartfädig, dicht geschloffen, vorzügliche Qualität, mit besserer Leib- und Brustweite | 80 cm breit = 34 | 91 | Wischtücher, solide, haltbare Sorte, 45x45 cm | per Stück = 10 |
| 82 | Baumwoll-gewebe, ungeschloffen, durchsichtig gewebt, etwas geringere Sorte | 78 cm breit = 14 | 87 | Hemdenflanell, sehr reißfest, überaus haltbare Qualität, mit garantiert waschbarem Streifenmuster | 75 cm breit = 32 | 92 | Wischtücher, karierte Muster, bessere sehr strapazierbare robuste Qualität, 45x55 cm | per Stück = 20 |
| 83 | Ungebleichtes Baumwolltuch, prima, fast unvertüflicht im Gebrauch | 78 cm breit = 28 | 88 | Hemdenflanell, meine beste Sorte dieser Art, vorzügliche, dicht geschlossene, feinfädige, fast unvertüflicht, Qualität, mit garant. waschbarem Streifenmuster | 80 cm breit = 30 | 93 | Frottehandtücher, aus vorzüglichem Krausstoff, mit schönen, eingewebten Mustern, weiche angenehme Sorte, 45x100 cm | per Stück = 55 |
| 84 | Ungebleichtes Baumwolltuch, besonders starke, fast unvertüflichte Qualität, für strapazierbare Denkmäler u. a. | 140 cm breit = 68 | 89 | Hemdenjersey, sehr gute, mittelhartfädige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gedehnten, mittelhartfädigen Mustern, garantiert waschbar | 80 cm breit = 35 | 94 | Stricktücher, weiß, bessere Sorte, mit weichen, eingewebten Effektmustern an der Kante, mittelhartfädig, 40x40 cm | per 1/2 Duzend = 1,- |
| 85 | Weißes Hemdentuch, solide, Gebrauchsware, rein weiß gebleicht | 70 cm breit = 18 | 90 | Handtuchstoff, kräftige, strapazierqualitäts, 40 cm breit | = 28 | 95 | Schlafdecken, lamettafädig, schwere, strapazierbare Sorte, aus solidem Material, dabei haltbare, weiche warme Qualität, Größe 130x100 cm | per Stück = 2.75 |

Trotz dieser niedrigen Preise wird jedem Paket eine Probe, gutgehende Strickwaren beigelegt.

Auf Wunsch werden statt der Standardart Nr. 1.10 in bar verpackt, welcher Betrag an der Rechnung in Abzug gebracht wird.

So genügt, wenn Sie bei Bestellungen die Nummer und die Meterzahl von den gewünschten Artikeln angeben. - Bei einem Depot wird von jedem Artikel bis 100 Mtr. bzw. bis 100 Stück abgegeben. - Versand erfolgt nur nachnahme von Nr. 10 - an, portofreie Lieferung von Nr. 20 - an. - Kleine Garantie: Auf Wunsch sofortige Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurückzahlung des beim ausgelegten Betrages.

Josef Witt, Weiden 392 Opf.

der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken. T 19/1